

Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und

Glück=Auf.

Erscheint wöchentlich Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 80 Pfg.
Halbjahr 1.50 Mk. — D. M. B. 1889.

Bestellt werden
Inserate die dreizehnpennige Zeitschrift oder
beim Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Vereins und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schorn, Nürnberg, Sülzplatzstraße 2. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Sülzplatzstraße 2.

Inhalt: Zu viel Menschen. — Eisenindustrie und Maschinenbau im 19. Jahrhundert. — Ein Millionenprozess gegen den Verband der Eisenindustriellen. — Zum amerikanischen Eisenarbeiterstreik. — Tätigkeitsbericht für den Vegetationszeitraum Brandenburg u. pro 1. Halbjahr 1901. — Bezirkskonferenz der Metallarbeiter Sachsens und Thüringens. — Mitteilungen aus der Metallindustrie. — D. M. B.: Bekanntmachung des Reichsanwalts. — Zusendungen. — Einen glücklichen Kampf führt die Gewerkschaft der Schneider. — Abschaffung des Verordnungsmaßes für Brandenburg u. pro 2. Quartal 1901. — Kurzfassen.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten:

- von Wandarbeiten nach Berlin (Hans Müller, Neue Königstraße);
- von Aluminiumschlägern nach Schwabach (Müller);
- von Feilenbauern nach Breslau (Karl Hofe);
- von Feingoldschlägern nach Dresden, Leipzig, Nürnberg (besonders von den Werkstätten von Chr. Schmidt, obere Mentzengasse 12, Hebr. Steinmann, Tafelfeldstraße 84, Jean Schmitzbaum, Kühnertstraße 18 und Schwabach (besonders von den Werkstätten W. Böttner, Junger, Schläpfer und Jgl.);
- von Formern nach Jshorenleben (Maschinenbau-V.-G.), nach Gera-Stetten (Eust. Wöhler); nach Morus (Helm);
- von Schmiedern und Gießern nach Breslau (Albert Knack);
- von Klempnern nach Düsseldorf (Max Werner und Springorum);
- von Kupferschmiedern nach Düsseldorf;
- von Metallrüdern nach Düsseldorf;
- von Schleifern nach Lützenfeld (Wasser & Fischer) und Heilbrunn (vorm. Geb. Zuhel);
- von Schlossbauern nach Heilbrunn (Karl Bremer) u.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Aussicht; A.: Lohnbewegung; U.: Ausschreibung; D.: Differenzen; R.: Hofregelung; M.: Mißstände; K.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Zu viel Menschen.

Nun hat der Spießbürger wieder eilig, am Stammtisch seine Weisheit los zu werden, daß die ganze schlechte Zeit, die man Krise nennt, nur daher komme, weil es zu viel Menschen gebe. Es gibt zu viel Arbeiter, im Handel, bei den Ärzten, bei den Advokaten, bei den Eisenbahnern, in den Beamtenkreisen usw. und darum sollte ein frischer fröhlicher Krieg ausbrechen, der mit der überflüssigen Menschheit aufräumt, damit es wieder besser würde.

So kann man jetzt manchmal in der Kneipe, in der Fabrik, in der Werkstatt, im Eisenbahnwagen hören und die Leute, die so reden, finden sich in allen Kreisen. Der dumme, hornirte Spießbürger, der die ganze Welt nur von seinem nach-egoistischen Ich-Standpunkte aus betrachtet, ist eben keine bloße Spezialität des Kleinmeisterthums, er ist in ebenso zahlreichen Exemplaren unter den unorganisierten und unaufgeklärten Arbeitern, wie unter den Fabrikanten, unter den Kaufleuten wie in der Beamtenwelt vertreten und er ist auch an kein bestimmtes Alter gebunden, denn es gibt junge und alte Spießbürger. Der Spießbürger ist der dumme Kerl, der nichts weiß und nichts versteht, der aber dennoch über Alles redet und seine abgestandene Weisheit verapft.

Vor wenigen Jahren noch, als die Prosperitätsperiode ihren Höhepunkt erreicht hatte und aus zahlreichen Industrien die Klage über Arbeitermangel erscholl, da redete der spießbürgerliche Stammesgenosse an seinem Stammtisch mit ebenjoviel Weisheit und Verstand darüber, daß zu wenig Menschen vorhanden sind, wie jetzt, da die Krise in Folge Arbeitsmangels Arbeiterentlassungen herbeigeführt

hat, darüber, daß zu viel Menschen vorhanden sind. Diese oberflächliche Geschwätzigkeit rührt davon her, daß die Einsicht in die Natur und das Wesen der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung, in die tausendfachen Zusammenhänge wie auch das Verständnis für die fördernden und hemmenden Kräfte mangeln. Der denkende Mensch, der nicht gedankenlos viel dummes Zeug ins Blaue hineinredet, wenn der Tag lang ist, stellt sich vielmehr die Frage: Woher kommt denn diese auffällige Erscheinung, daß einmal Arbeitermangel und das andere Mal Arbeiterüberfluß vorhanden ist? und er sucht nach einer ausreichenden Erklärung. Diese Erklärung ist durchaus keine so einfache Sache, wie schon aus der Thatsache hervorgeht, daß sehr lange Zeit hindurch die ganze nationalökonomische Wissenschaft sich im Irrthum über jene Erscheinung befand und ausschließlich als Bevölkerungsfrage behandelte. Darnach hatte die gute Zeit eine rasche und bedeutende Vermehrung der Bevölkerung zur Folge, die einen Ueberfluß ergab, da nicht für Alle Raum vorhanden und die Folge hiervon war wieder die Dezimierung der Bevölkerung durch Arbeitslosigkeit, Hunger, Entbehrung, Noth, Elend und Krankheit — die Zeit der Krise —, wodurch der Ausgleich zwischen Bedarf und verfügbaren Kräften oder mit andern Worten der Ausgleich zwischen der Arbeitsnachfrage und dem Arbeitsangebot herbeigeführt wurde, worauf in gewisser Zeit jene Vorgänge aufs Neue sich wiederholten. Auf dieser schematischen Grundlage wurde dann das auch aus den Lassalle'schen Schriften bekannte Ricardo'sche Lohngesetz aufgebaut. So war die Zahl der Arbeiter zum Regulator des Gesetzes von Angebot und Nachfrage wie des Lohngesetzes gemacht und so hätte es in der Macht der Arbeiter gelegen, die gute Zeit für immer beizubehalten und die schlechte Zeit für immer hintanzuhalten. Sie brauchten nur die Zahl der Ehen zu beschränken, ebenso die Zahl der Geburten, etwa unter allgemeiner Befolgung des Zweifindersystems, wobei nur ein Erbschaft der beiden Eltern stattfindet. Der Engländer Malthus und nach ihm noch viele andere haben diese Theorie auch allen Erastes der Menschheit gepredigt.

Da trat aber ein größerer Geist auf, Karl Marx, der diese so einfach und einleuchtend scheinende Theorie mit einem Ruck über den Haufen warf. Ließ man, was Marx hierüber geschrieben, so wird man sich sofort des Irrthums und der Selbsttäuschung Malthus und seiner Anhänger klar, denen es so ging, wie dem in Gedanken verankerten Eisenbahnreisenden, der meint, der Eisenbahnzug stehe still und Felder und Wiesen, Wälder, Städte und Dörfer rennten in rasendem Laufe vorüber. Karl Marx führt in seinem „Kapital“ sehr richtig aus, daß nicht die Arbeit, sondern das Kapital der Regulator des Gesetzes von Angebot und Nachfrage ist und daß es dabei gar nicht auf die absolute Zahl der Arbeiter ankommt. In der That gibt es in Frankreich, dessen Bevölkerung so schwach sich vermehrt, daß man schon von einem Stillstand reden kann, da dort das Zweifindersystem allgemein befolgt wird, ebenso den Wechsel von Prosperität und Krise mit Arbeitermangel bzw. Arbeiterüberfluß, wie in Deutschland, dessen Bevölkerung sich rasch vermehrt und von 45 Millionen im 1882 gestiegen ist auf 56 Millionen im Jahre 1900.

Marx sagt über das Gesetz von Angebot und Nachfrage in Verbindung mit der Gestaltung der Lohnverhältnisse: „Im Großen und Ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohnes ausschließlich regulirt durch die Expansion (Ausdehnung) und Kontraktion (Zusammenziehung) der industriellen Reservearmee (der Arbeitslosen), welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus ent-

sprechen. Sie sind also nicht bestimmt durch die Bewegung der absoluten Anzahl der Arbeiterbevölkerung, sondern durch das wechselnde Verhältnis, worin die Arbeiterklasse in aktive Armee und Reservearmee zerfällt, durch die Zunahme und Abnahme des relativen Umfangs der Ueberbevölkerung, durch den Grad, worin sie bald absorbiert, bald wieder freigesetzt wird. Für die moderne Industrie mit ihrem zehnjährigen Zyklus (Kreislauf) und seinen periodischen Phasen (Veränderungen), die außerdem im Fortgang der Akkumulation (Anhäufung) durch stets rascher aufeinander folgende unregelmäßige Oscillationen (Schwankungen) durchkreuzt werden, wäre es in der That ein schönes Gesetz, welches die Nachfrage und Zufuhr von Arbeit nicht durch die Expansion und Kontraktion des Kapitals, also nach seinen jebedmaligen Verwerthungsbedürfnissen regelte, so daß der Arbeitsmarkt bald relativ untervoll (Arbeitermangel) erscheint, weil das Kapital sich expandiert, bald wieder übervoll (Arbeiterüberfluß), weil es sich kontrahirt, sondern umgekehrt die Bewegung des Kapitals von der absoluten Bewegung der Bevölkerungsmenge abhängig machte. Dies jedoch ist das ökonomische Dogma (wirthschaftliche Glaubenssatz). Nach demselben steigt in Folge der Kapitalakkumulation der Arbeitslohn. Der erhöhte Arbeitslohn spornt zur rascheren Vermehrung der Arbeiterbevölkerung an u. diese dauert fort, bis der Arbeitsmarkt überfüllt, also das Kapital relativ zur Arbeiterzufuhr unzureichend geworden ist. Der Arbeitslohn sinkt und nun die Rehrseite der Medaille, durch den fallenden Arbeitslohn wird die Arbeiterbevölkerung nach und nach dezimirt, so daß ihr gegenüber das Kapital wieder überschüssig wird, oder auch, wie Andere es erklären, der fallende Arbeitslohn und die entsprechende erhöhte Ausbeutung des Arbeiters beschleunigt wieder die Akkumulation, während gleichzeitig der niedere Lohn das Wachstum der Arbeiterklasse in Schach hält. So tritt wieder das Verhältnis ein, worin die Arbeitszufuhr niedriger als die Arbeitsnachfrage, der Lohn steigt usw. Eine schöne Bewegungsmethode dies für die entwickelte kapitalistische Produktion! Bevor in Folge der Lohnerhöhung irgend ein positives Wachstum der wirklich arbeitsfähigen Bevölkerung eintreten könnte, wäre die Frist aber auch abgelaufen, worin der industrielle Feldzug geführt, die Schlacht geschlagen und entschieden sein muß.“

Die Arbeiterklasse, ob zahlreich oder nicht, ist so der Spielball des Kapitals mit seinen wechselnden Verwerthungsbedürfnissen, der Spielball der Spekulation, zu der die gewerbliche und industrielle Produktion unter der Herrschaft des Kapitalismus ausgeartet ist. Und so wird es bleiben, solange der Kapitalismus besteht.

Es sind also an sich nicht zu viel Menschen da, es scheint nur so und der Schein trügt. Man sehe an Stelle der kapitalistischen die sozialistische Wirtschaftsordnung, man ersehe den Zweck der privatkapitalistischen Gütererzeugung, der in der Erzielung von Gewinn und Profit besteht, durch den vernünftigen Zweck, alle Lebens- und Kulturbedürfnisse des Volkes zu befriedigen und der Wechsel von Prosperität und Krise ist ebenso aufgehoben, wie der Wechsel von Arbeitermangel mit Arbeiterüberfluß.

Redet man aber davon, es seien zu viel Menschen da, so muß man doch auch darnach fragen, ob ein Mangel an Lebensbedürfnissen besteht, d. h. ob die Natur nicht mehr genügend zur Ernährung aller auf der Erde lebenden Menschen hervorbringt. Diese Frage aber muß verneint werden. Ist doch die Krise im vorigen Jahre eingetreten, da ein beispiellos reiches Erntejahr an landwirthschaftlichen Produkten aller Art war. Und

auch dieses Jahr die Ernte in Deutschland und andern europäischen Ländern nicht so reichlich ausgefallen, wie im Vorjahr, so haben wieder andere Länder, wie Oesterreich, Rumänien, Italien, die Ber. Staaten usw. an Roggen und Weizen usw. eine noch größere Ernte eingeheimst als im vorigen Jahre. Angesichts des Weltmarktes, den wir heute haben, mit seinen Eisenbahnen und Dampfschiffen, welche den Verkehr aller Länder miteinander vermitteln, haben wir denn auch in keinem Lande eine Hungersnoth oder Getreide- und Brotwertheuerung, die erst künstlich die Agrarier und ihre Helfershelfer durch die Errichtung hoher Zollschranken herbeiführen möchten. Kann heute schon von keinem Mangel an Lebensmitteln zur Ernährung der vorhandenen Menschen geredet werden, so ist außerdem noch darauf hinzuweisen, daß in vielen Ländern noch weite Landstrecken brach liegen und der Kultur erschlossen werden können.

Was nun die Meinung des Spießbürgers betrifft, daß ein früher, frühlicher Krieg ausbrechen und viele Tausende von Menschenleben vernichten, andere zu Krüppeln machen müßte, so übersteht er dabei — ganz abgesehen von der Rohheit und Bestialität einer solchen Gesinnung —, daß erst im vorigen Jahre die Wirren in China Zehntausende von Menschenleben gekostet haben, ebenso der südafrikanische Krieg, der überdies noch fort dauert und daß dennoch — eigentlich gerade deswegen — die Krise eingetreten ist. Der Spießbürger vergißt ferner die vielen Zehntausende, die Jahr für Jahr als Opfer auf dem Schlachtfelde der Industrie als Todte oder Verwundete und Verküppelte bleiben und er vergißt endlich, daß auch der blutigste und grausamste Krieg nicht soviel Opfer erfordert, als der Kapitalismus in der Krise Arbeiter frei setzt, deren im Sommer 1895 über 300,000 und im Dezember desselben Jahres nahezu 800,000 als Arbeitslose gezählt wurden.

Schließlich müßte man fragen, wer denn eigentlich überflüssig ist und daher durch einen barbarischen Krieg beseitigt werden sollte? Der Arbeiter? Warum gerade er, der doch das nützlichste Mitglied der Gesellschaft ist? Weil er arbeits- und mittellos? Da beseitige man doch lieber die faule Gesellschaftsordnung, die unfähig ist, ihrer Aufgabe, Allen Arbeit und Existenz zu bieten, zu genügen. Warum aber sollte, wenn schon einmal zu viel Menschen vorhanden, nicht in erster Linie gerade der dumme und gefühlkrohe Spießbürger überflüssig und daher zu beseitigen sein? Seine Beseitigung schafft Platz für einen andern. Warum sollten nicht die zahlreichen Schmarotzer am Gesellschaftskörper, die von der Arbeit anderer Leute leben, die Spekulanten, Schwindler und Gauner mit und ohne Titel, die Faulenzer aller Art beseitigt werden, um Raum und Auskommen für die nützlichen, braven und fleißigen Glieder der Gesellschaft zu schaffen? Die „Theorie“ des Spießbürgers könnte so unter Umständen für ihn und manche Andere zu sehr unangenehme Konsequenzen führen, wenn von ihr die Massen die praktische Nutzenanwendung machten.

Diese Gefahr besteht freilich nicht, weil die Arbeiterpresse es ist, die den dummen Kerl und seine dumme „Theorie“ bekämpft und die die Arbeiter darüber aufklärt, daß ihre Arbeits- und Existenzlosigkeit, ihre Noth und ihr Elend von der Mangelhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung herrührt und daß sie sich daher gewerkschaftlich und politisch organisieren müssen, um eine gründliche Aenderung in der Gütererzeugung und Gütervertheilung herbeizuführen, einen Zustand zu schaffen, in dem es nicht mehr „zu viel Menschen“ gibt, wo das Dichtermotiv verwirklicht ist:

Raum für Alle hat die Erde!

Eisenindustrie und Maschinenbau im 19. Jahrhundert.

Unter vorstehendem Titel ist kürzlich im Verlage von E. S. Moritz in Stuttgart eine 180 Druckseiten umfassende Schrift von Professor Kleinhuber, Direktor der höheren Maschinenbauerschule in Breslau, erschienen (Preis 1 Mk.), die viel Interessantes und Belehrendes bietet und daher unsern Kollegen, namentlich aber den Verbandsgliedern für ihre Bibliotheken, zur Anschaffung bestens empfohlen werden kann. Ueber den Inhalt der Schrift gibt das Inhaltsverzeichnis folgende Uebersicht: Die Eisenindustrie am Beginn des 19. Jahrhunderts, die Eisenindustrie nach 1815, Fortschritte in der Zeit von 1830 bis 1850, die Entwicklung der Eisenindustrie nach 1850, die Entwicklung des Maschinenbaues im 19. Jahrhundert in der Zeit bis 1850, ferner Dar-

stellung der Entwicklung einiger wichtiger Zweige des Maschinenbaues im 19. Jahrhundert: Elektrotechnik, elektrische Bahnen, Schiffbau und Schiffsmaschinenbau und die Entwicklung des gepanzerten Linien-schiffes, Fortschritte in der Herstellung der Geschütze, Entwicklung der Gasdruckmaschinen, Ausnützung der Wasserkräfte, Wasserräder und Turbinen, Entwicklung des Pumpenbaues, Preßluftwerkzeuge, Entwicklung der Lokomotive, Eisenbahnbauten in der neueren Zeit, eiserne Brücken, der Mühlenbau, landwirthschaftliche Maschinen, Fahrradbau und Automobile, moderne Hebewerkzeuge.

Einleitend wird ausgeführt, daß man das 19. Jahrhundert das eiserne Jahrhundert genannt hat, weil das Eisen in ihm einen so gewaltigen Einfluß im Bau- und Ingenieurwesen, in Meer- und Marine, sowie der gesammten Technik erlangt hat, wie frühere Zeiten ihn nicht einmal ahnen konnten. Dieses eiserne Jahrhundert zerfällt in zwei deutlich von einander getrennte Abschnitte, deren Grenze fast genau mit der Mitte des Säkulums (Jahrhunderts) zusammenfällt, nämlich 1. den Kampf um den Sieg des Steinkohlenbetriebes gegenüber dem Holzkohlenbetriebe der Hochofen und 2. den Kampf um die Vorherrschaft des Flußeisens über das Schmiedeeisen. Den Beginn des zweiten Abschnittes bildet die außerordentlich wichtige Erfindung Bessemer's im Jahre 1856, der nach ihm benannte Bessemerprozeß. Hiermit beginnt das Zeitalter des Flußeisens, worin wir heute leben. Alle Fortschritte in der Eisenindustrie, die wir heute bewundern, wären aber unmöglich, ohne die fortwährende Entwicklung der Naturwissenschaften, denen ein ganz hervorragendes Verdienst dabei zusteht. Insbesondere sind es Physik und Chemie, die aus kleinen Anfängen selbst zu gewaltiger Größe herangewachsen, auf die Eisenindustrie u. Maschinenbau beschränkt, fördernd und hebend gewirkt haben.

In dem Abschnitt über die Entwicklung des Maschinenbaues im 19. Jahrhundert wird zur Kennzeichnung des Zustandes im Maschinenbau am Anfang desselben daran erinnert, daß James Watt am Ende des 18. Jahrhunderts Niemanden finden konnte, der im Stande gewesen wäre, die Zylinder seiner ersten Dampfmaschine genau auszubohren. Er mußte daher seine Kolben mit Hans dichten und war aus diesem Grunde auf ganz geringe Dampfspannungen angewiesen. Meißel, Hammer und einfache Bohrvorrichtungen, das waren die einzigen Hilfsmittel des damaligen Maschinenbaues und obgleich man in England um 1820 schon mancherlei Werkzeugmaschinen besaß, war es noch in den vierziger Jahren der Stolz mancher Maschinenbauers, Gußflüßchen mit dem Meißel zu ehnen und geschmiedete Wellen mit Meißel und Feile gangbar zu machen. Trotzdem machte der Bau von Dampfmaschinen rasche Fortschritte und die Erfindungen auf diesem Gebiete jagten sich.

Die ersten brauchbaren Hochdruckmaschinen baute Evans in Nordamerika im Jahre 1801 und zwar verwendete er schon bis 6 Atmosphären Dampfspannung. In demselben Jahre verwendete Symington zuerst horizontale Zylinder. 1804 wurde die Woolfsche Zweizylindermaschine patentirt, die also schon zweckmäßige Anwendung von der Expansionskraft des Dampfes machte und bis Mitte des Jahrhunderts kaum übertroffen wurde. Durch die Anwendung des Balanziers waren die Watt'schen und Woolfschen Maschinen ziemlich schwerfällig. Einen erheblichen Fortschritt wiesen daher die ersten Maschinen ohne ihn auf, so jene von Maudslary in London 1807, die wegen ihrer Bauart Pyramidenmaschinen hießen. Der Zylinder stand nämlich oben auf einem pyramidenförmigen Gestell, das Schwungrad lag unten und Maschinen dieser Form wurden noch bis vor 30 und 20 Jahren auch als Werkzeugmaschinen vorgefunden, weil sie geringen Raum in horizontaler Ausdehnung beanspruchten.

1820 entstand als erste brauchbare Maschine mit schwingendem Zylinder die von Cawé, welche Gahnsteuerung besaß. Perkins verwendete bei seinen Hochdruckmaschinen im Jahre 1823 horizontale Zylinder, aber es bestand ein Vorurtheil gegen sie, man behauptete, die Zylinder würden ungleich ausgeblasen. Erst durch Stephensons Anwendung horizontaler Zylinder in seinen Lokomotiven überzeugte man sich von ihrer Brauchbarkeit und seitdem führten sie sich mehr und mehr ein.

An der Vertheilung des Dampfes, der Steuerung, wurden mannigfache Fortschritte gemacht und eine der vollkommensten Konstruktionen zur Steuerung von verschiedenen Füllungsgraden, wodurch man an Dampf erheblich spart, ist die im Jahre 1842

Erfundene von F. J. Meyer, dem damaligen Inhaber einer Maschinenfabrik in Mühlhausen i. Elß. Er wendete zwei Schieber übereinander an, der untere vertheilt den Dampf nach den beiden Kolben-seiten, der obere sperrt rechtzeitig den Zutritt zu den Dampfdurchlaßkanälen des unteren Schiebers ab. Er besteht aus zwei Platten, deren Entfernung mittelst Schraube von außen einstellbar ist und somit die Veränderung des Füllungsgrades bewirkt.

Die Meyer'sche Steuerung ist heute noch vielfach im Gebrauch und wohl bewährt für kleinere Maschinen. Auch unrunde Scheiben wurden zur Bewegung des Schiebers benutzt, um die Füllung verändern zu können. 1834 ordnete Saulnier in Paris mehrere solche nebeneinander auf der Welle an und es wurde immer nur diejenige festgestellt, mit deren Eigenschaften für einen besondern Füllungsgrad im einzelnen Falle gearbeitet werden sollte, während die andern lose auf der Welle blieben. Auch die Theilung des Dampfschiebers in zwei Theile fällt etwa in jene Zeit. Mit Ausnahme der Meyersteuerung sind alle älteren Konstruktionen aber verschwunden.

Die Idee, Schiffe mit Dampfmaschinen zu betreiben, lag nahe, sobald brauchbare Dampfmaschinen existirten und viele Erfinder haben sich damit beschäftigt, aber zunächst ohne praktischen Erfolg. Am Besten gelang es noch dem Engländer Symington um 1802, der zwei Kanalboote mit einem Dampfboote schleppete, doch durch den Tod seines Gönners, des Herzogs von Bridgewater, kam die Sache wieder ins Stocken.

Bessern Erfolg hatte der Amerikaner Robert Fulton. Er erbaute ein Dampfboot, das 1803 auf der Seine lief; da aber Napoleon nicht für die Angelegenheit zu interessiren war, suchte er den Minister Pitt in England dafür zu gewinnen. Dessen früher Tod aber ließ auch dort die Erfindung nicht ausreifen und so kehrte Fulton nach Amerika zurück. 1807 lief sein erstes Dampfboot auf dem Hudson und zwar zuerst am 7. Oktober, wobei 120 englische Meilen stromauf in 32 Stunden zurückgelegt wurden. Der „Clermont“ hatte etwa 42½ Meter Länge, 4½ Meter Breite und 0,6 Meter Tiefgang. Er wurde nach der Probefahrt sofort als Passagierschiff eingestellt und bewährte sich so, daß 5 Jahre später, also 1812, bereits 50 in Nordamerika erbaute Dampfboote vorhanden waren u. die Dampfschiffahrt auf dem Mississippi eröffnet werden konnte.

Im Jahre 1818 durchkreuzte der erste Dampfer, die „Savannah“, den Ozean auf der Reise von New-York nach Liverpool in 26 Tagen, wovon er 18 Tage unter Dampf lief. Damit war die Dampfschiffahrt praktisch bewährt und entwickelte sich in schnellem Tempo. Auf dem Rheine liefen die ersten Dampfer 1816 und zwar englischen Ursprungs, denn in Deutschland baute man damals noch keine Dampfschiffe, das blieb einer späteren Zeit vorbehalten.

Der Bau von festen Dampfmaschinen und bald darauf folgend von solchen für Schiffe stellte fortwährend steigende Anforderungen an die Gütigkeit der Arbeit und intelligente Männer sahen bald, daß ohne Hilfe von Maschinen nicht weiter zu kommen war. Man mußte Maschinen erfinden, die die Werkzeuge genauer oder schneller bewegten als die Menschenhand es im Stande war und so entstand der Begriff „Werkzeugmaschinen“. Fast aus dem Nichts heraus hat sich der Werkzeugmaschinenbau in einem Jahrhundert so entwickelt, daß jetzt gute Fabriken bei den Abmessungen runder Kaliberbolzen und Ringe, die zum Messen dienen, auf 1/600 Millimeter Genauigkeit garantiren können! Die Grundlage bildete die Drehbank des Holzdrehlers. Diese ist schon im Alterthum bekannt gewesen. Was aber eine Metalldrehbank erst brauchbar macht, die Führung des Stichtels an fester Bahn nämlich, diese Einführung stammt aus etwa dem Jahre 1775. Die Führung war aber damals noch nicht nachstellbar. Erst Josef Bramach hat 1794 nachstellbare Führungen und Schrauben zum Bewegen des Drehstichtels angewendet. Der Stichel wurde am Ende eines viereckigen Stabes befestigt, der in zweitheiligen Hülsen durch Schraube und Handrad verschoben wurde. Die Hülsen waren durch eine Platte verbunden, die um einen senkrechten Bolzen gedreht werden konnte, so daß man zum Konischdrehen den Stab schräg gegen die Drehbankachse stellen konnte. Die Platte, woran jener Bolzen saß, war in nachstellbaren Führungen von schwalbenschwanzförmigem Querschnitt, rechtwinklig zur Drehbankachse, verschiebbar und zwar durch Schraube und Handkurbel. Die Ausführung der beschriebenen Vorrichtung stammt von G. Maudslay (geb. 1771), der auch zuerst den Support parallel der Drehbank und zwar selbstthätig bewegte.

Das war ein ungeheurer Fortschritt, denn nun erst konnte man genaue Zylinder drehen und genau bohren, aber die Herstellung hatte Schwierigkeiten zu überwinden, die unsere heutige Zeit kaum mehr kennt. Die Leitzylinder mußten aus freier Hand angefertigt werden, indem man längs der sorgfältig vorgezeichneten Schraubenlinie eine Nute einmeißelte und dann das Gewinde hineinwickelte und einlöthete. Schließlich wurde das Gewinde glatt gefeilt. Die Nachfrage nach den neuen Drehbänken war so lebhaft, daß Maidsley schon 1810 eine große Maschinenfabrik eröffnen konnte. Maidsley verbesserte auch das Schraubenschneiden und war der erste, der die Wichtigkeit eines Normalgewindes erkannte, welches er auch, lange vor Whitworth einführte. Er baute Drehbänke mit Spindeln von ca. 230 Millimeter Dicke, denen er durch Vorgelege verschiedene Geschwindigkeiten geben konnte und lehrte das Schraubenschneiden auf der Drehbank. So schnitt er eine Schraube von 1,5 Meter Länge und 30 Windungen auf den Zoll (gleich ungefähr 25 Millimeter). Diese Schraube diente für eine Theilmaschine zu astronomischen Zwecken und war von einer bis dahin ganz unmöglichen Genauigkeit. Aus seiner Schule gingen auch die berühmten Ingenieure Whitworth und Masmitz hervor, deren Namen für alle Zeiten unvergessen bleiben.

Wahrscheinlich durch die Drehbank angeregt, erfand 1803 Willingsley die vertikale Zylinderbohrmaschine, während Breithaupt in Kassel 1807 die horizontale Zylinderbohrmaschine verbesserte.

Die erste Eisenhobelmaschine soll James Fox in Derby 1814 gebaut haben, die von Richard Roberts um 1817 verbessert wurde, während sie ihre noch heute gültige Anordnung mit feststehendem Meißel und beweglichem Tisch durch Josef Clement in London in der Zeit von 1820 bis 1825 erhielt.

In derselben Zeit, d. h. zwischen 1804 und 1818, erfand von Reichenbach die Feilmaschine, d. h. eine Hobelmaschine, deren Meißel hin- und hergehende Bewegung aufweist. Die Wechsbiegemaschinen, aus einem Walzwerk mit 3 Zylinder bestehend, konstruierte John Ford um 1815. 1811 sind in Kreuzot schon Kreisheeren zum Blechschneiden bekannt und 1814 wurden sie von Mollard verbessert.

(Schluß folgt.)

Ein Millionen-Prozess gegen den Verband der Eisenindustriellen.

Anfang dieses Jahres machte in der gesamten Arbeiterpresse ein Prozess ungeheures Aufsehen, in dem in allen Instanzen — Landesgericht, Oberlandesgericht und Reichsgericht — zwanzig Formner in Puffenhäusen in Württemberg unter solidarischer Haftung zur Zahlung einer Schadenersatzsumme von etwas über 2000 Mk. verurteilt wurden, weil sie sich geweigert hatten, sogenannte Streikarbeit zu machen.

Wir wollen den Hergang, über den wir s. Zt. ausführlich berichteten, nochmals kurz wiedergeben. In einer Feilbronner Fabrik zirkelten im Frühjahr 1899 Formner. Von dieser Fabrik waren deshalb die Modelle nach anderen Orten gesandt, um dort gegossen zu werden, u. A. auch nach der Ruhnischen Gießerei in Puffenhäusen. Die Ruhnischen Formner erfüllten das und weigerten sich, die Feilbronner Arbeit zu machen. Der Fabrikbesitzer Ruhn ließ die Formner rufen und drohte ihnen, sie würden entlassen, wenn sie bei ihrer Weigerung blieben. Als diese Drohung nichts gefruchtet hatte, entließ er sie ohne Kündigung. Doch nicht genug damit, strengte er auch noch eine Schadenersatzklage gegen sie an. Und diese endete mit der rechtskräftigen Verurteilung der beklagten 20 Formner. Schon das Landesgericht hatte die Formner verurteilt, aber es hatte die Klage insoweit abgewiesen, als diese solidarische Haftung der Beklagten als Gesamtschuldner für die beantragte Schadenersatzsumme verlangt hatte. Der Kläger hatte in der Klage in einzelnen Posten aufgerechnet, daß er durch die Verweigerung der Arbeit einen Schaden von 2043,76 Mk. gehabt habe. Sämtliche Instanzen erkannten einen Schadenersatzanspruch in dieser Höhe an, und das Oberlandesgericht Stuttgart und das Reichsgericht erkannten auch auf solidarische Haftung der sämtlichen 20 Beklagten, weil sie „auf Grund einer gemeinschaftlichen Verabredung im beabzweigten und gewollten Zusammenwirken gehandelt“ hätten.

Sie hätten, hieß es im Urteil des Reichsgerichts, was die Einzelnen durch ihr Zutreten nicht gekonnt hätten, mit vereinten Kräften durch rechtswidrige Weigerung der Arbeit ihren Arbeitsherrn zwingen wollen, sich ihrem Willen zu fügen und die Lieferungen der Streikmodelle zu unterlassen. Jeder sei sich bewusst gewesen, daß der Kläger durch ihr Vorgehen geschädigt würde. Wenn die Beklagten meinten, daß der Kläger den erklärten Schaden selbst verschuldet habe, da sie ja bereit gewesen seien, andere Arbeiten zu verrichten, so könne das Recht dem Arbeitgeber nicht zumuthen, sich der rechtswidrigen Arbeitsverweigerung der Arbeiter zu fügen. Die Verweigerung sei eine vorzeitige Lösung eines bereits bestehenden Arbeitsverhältnisses, die der Arbeiter verschuldet habe und für die er deshalb Schadenersatzpflichtig sei, und zwar aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen.

Als dieses Urteil, durch das zweifelsohne die Arbeiterbewegung ganz erheblich tangirt wurde, in der Arbeiterpresse lebhaft erörtert wurde, so berichtet das Hamburger Echo, kam ein findiger Kopf auf die Idee, ob man nicht vielleicht auch einmal den Spieß umkehren und auf Grund der gleichen rechtlichen Erwägungen gegen das Unternehmertum vorgehen könnte. Und da bot sich als prächtiges Exemplum gerade die noch in frischer Erinnerung stehende große Ausperrung der Laufende von Eisenarbeitern durch die Proben vom Verband der Eisenindustriellen. In dieser Ausperrung hatte man geradezu ein Beispiel in Reinkultur, wie Arbeiter ohne absolut jeden Anlaß ihrerseits von den Arbeitgebern ohne Kündigung an der Fortsetzung des bereits bestehenden Arbeitsverhältnisses gehindert wurden, und zwar nur, um damit den Willen Anderer zu brechen. Die maßgebenden Faktoren in der Metallarbeiterorganisation pflogen eingehende Verhandlungen mit namhaften Juristen und Männern der Praxis, und das Resultat dieser monatelangen Beratungen war schließlich, daß elf, der im vorigen Sommer ausgeperrten Werftarbeiter, die bei der Hamburg-Amerika-Linie oder auf der Werft von Blohm u. Voß in Arbeit gestanden hatten, durch den Rechtsanwalt Dr. von Oidershausen gegen die eben genannten beiden Firmen eine Schadenersatzklage in Höhe von 3202,40 Mk. angehängt haben. In dem den Klägern jetzt zugestellten Klageantrage wird ebenfalls beantragt, die beiden Beklagten solidarisch zur Zahlung des Schadenersatzes zu verurtheilen. Wird dieser Prozess — wozu sehr hervorragende Juristen nicht zweifeln, — gewonnen, so werden auch die übrigen damals ausgeperrten Werftarbeiter eine gleiche Klage gegen die respektiven Unternehmer anhängen, und dann dürfte das Klageobjekt sich auf mehrere Millionen belaufen.

Die jetzt angehängte Probenklage, in der endlich auch einmal die wirklichen Vorgänge bei dem großen Kampfe im Sommer 1900, an denen vom Unternehmertum so unendlich viel herumgelogen ist, gerichtlich festgestellt werden müssen, ist im Einzelnen folgendermaßen begründet: Im Sommer 1900 hätten die Mieter der Reiherrstiegschiffswerft, um mit den Mietern der übrigen Werften im Lohn gleichgestellt zu werden, eine Lohnerhöhung von 2 Pfennigen pro Stunde gefordert. Als diese Forderung abgelehnt sei, hätten sie am 3. Juli die Arbeit niedergelegt, während sie gerade an einem Schiff der Hamburg-Amerika-Linie gearbeitet hätten. Die H.-A.-L. habe nun zuerst ihren eigenen Mietern befohlen, nach der Reiherrstiegschiffswerft überzugehen und das Schiff fertig zu machen. Die Mieter hätten das Ansuchen abgelehnt und seien deshalb sofort entlassen worden. Am 11. Juli die Vertreter der Arbeiterausschüsse sämtlicher Hamburger Werften nach dem Patriotischen Gebäude berufen worden, um daselbst eine Mitteilung des Verbandes der Eisenindustriellen, Gruppe Schiffswerften, entgegenzunehmen. Hier habe dann der Mitinhaber der Werft Blohm u. Voß, Herr Blohm, in einer Ansprache erklärt: man werde die sämtlichen Werften schließen, wenn die Arbeit bei der Amerika-Linie und auf der Reiherrstiegschiffswerft nicht sofort wieder aufgenommen würde, denn so hätte der Verband der Eisenindustriellen beschlossen.

Bei den Mietern der Reiherrstiegschiffswerft hätte diese Drohung keinen Eindruck gemacht. Dagegen hätten sich die Mieter der Amerika-Linie, weil sie für sich ja keine Lohnforderung gestellt gehabt hätten, sofort nach ihrem Arbeitsplatz begeben und sich zur Verfügung gestellt. Es sei ihnen eröffnet, daß sie nach dem Arbeitsnachweis der Eisenindustriellen gehen und sich von dort einen Arbeitschein holen müßten. Dann siehe ihrer Anstellung nichts im Wege. Auf dem Arbeitsnachweis habe man ihnen aber erklärt: sie erstelien nicht eher wieder Arbeit, bis auch die Mieter der Reiherrstiegschiffswerft die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Da sie auf diese keinen Einfluß gehabt hätten, seien sie nach wie vor ausgeschlossen geblieben.

Am Samstag, 14. Juli, sei dann ein Sechstel aller Werftarbeiter, prozentualer vertheilt auf die einzelnen Werften, ohne vorausgegangene Kündigung ausgeperrt worden, und am Samstag, 21. Juli, ein zweites Sechstel. Die übrig gebliebenen Arbeiter hätten die Arbeit fortgesetzt, aber jede Arbeit nach Feierabend und während der Nacht und alle die Arbeiten verweigert, die sonst von den Ausgeperrten verrichtet worden wären. In Folge dessen seien dann noch nach und nach massenhafte Entlassungen erfolgt, bis am 24. September die Arbeit wieder allgemein aufgenommen worden wäre und damit auch die Ausperrung ihr Ende gefunden hätte. Die elf Kläger hätten zu den Ausgeperrten gehört, und zwar hätten die ersten sieben bei Blohm u. Voß, die letzten vier bei der Amerika-Linie in Arbeit gestanden.

Die Kläger seien in Folge und aus Grund der Ausperrung von 9—15 Wochen arbeitslos gewesen und hätten je Schäden an entgangenen Arbeitsverdienst von 210 Mk. bis 392 Mk., zusammen 3202,40 Mk., gehabt. Für diesen Schaden seien die Beklagten solidarisch haftbar, und zwar auf Grund §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Beklagten seien Mitglieder des Verbandes der Eisenindustriellen. Als solche hätten sie den Plan gefaßt, durch ein gemeinschaftliches Vorgehen den Willen der Mieter auf der Reiherrstiegschiffswerft zu brechen, und hätten, um diesen Plan durchzuführen, eine große Anzahl Arbeiter von der Arbeit ausgeperrt. Sie hätten dadurch, daß sie den Klägern jede Arbeitsgelegenheit in ihrem Gewerbe an ihrem Wohnort gemunnen, die Kläger in ihrem Vermögen, d. h. in der Verwertung ihrer Arbeitskraft geschädigt, und zwar um die klagen geltend gemachten Beträge.

Wenn die Vermögensschädigung der Kläger auch nicht der Endzweck der Maßregeln der Beklagten gewesen sei, so sei der Endzweck doch zweifellos die Beugung des Willens der Kläger resp. die Beugung des Willens der Mieter auf der Reiherrstiegschiffswerft gewesen, und die Vermögensschädigung sei das von den Beklagten in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken gewählte und gewollte Mittel gewesen, um den Endzweck herbeizuführen. Daher sei der Wille der Beklagten auch auf die Vermögensschädigung der Kläger gerichtet. Ein derartiges Verhalten mache auf alle Fälle Schadenersatzpflichtig, wie das Landesgericht und Oberlandes-

gericht Stuttgart und das Reichsgericht in dem oben erwähnten Falle des Fabrikanten Ruhn entschieden hätten. Für die Richtigkeit der thatsächlichen Behauptungen in der Klage wird Beweis angeboten.

Termin in dieser Sache ist auf den 3. Januar 1902 vor der Zivilkammer VII in Hamburg anberaumt. In dieser Kammer führt der Landgerichtsdirektor Dr. Riede den Vorsitz, während die beifitzenden Richter die Landrichter Dr. Heußhuth und Dr. Schröder sind. Auf den Ausgang dieses bedeutungsvollen Prozesses darf man füglich gespannt sein. Derselbe wird sicherlich alle Instanzen bis zum Reichsgericht durchlaufen. Wir werden zu gegebener Zeit über den weiteren Verlauf des Prozesses berichten.

Zum amerikanischen Stahlarbeiterausstand.

Ueber diesen Niesenkampf, der geführt wurde um die Rechte der Organisation, flossen die Nachrichten nur spärlich und widersprachen sich außerdem noch recht oft. Nun ist dieser feilgeschlagene Streit beendet. In der „Neuen Zeit“ stellt J. S. Franz, ein in Amerika lebender Genosse, Betrachtungen über den Stahlarbeiterausstand an, die gleich ein interessantes Bild geben von dem Stand der Gewerkschaftsbewegung der Metallarbeiter in Nordamerika, und die wir darum wiedergeben.

Als der Eisen- und Stahlarbeiter-Verband den Kampf mit dem Stahlwerk (United States Steel Corporation) aufnahm, zählte er nach einer annähernd richtigen Schätzung nicht mehr als 25,000 Mitglieder, also ungefähr 8 oder 9 Prozent der in den einschlägigen Fabriken durchschnittlich beschäftigten Gesamtarbeiterschaft. Ungleich günstiger war dieses numerische Verhältnis bei den Kohlengräbern, die schon vor ihrem siegreichen Streik vom letzten Oktober einen Mitgliederbestand von mehr als 180,000 Mann in den Distrikten der bituminösen oder Weichkohle besaßen, reichlich 25 Prozent der in sämtlichen Kohlenminen thätigen Arbeiter.

Zu Betreff der Kriegskasse stand die Sache bei beiden Verbänden allerdings gleich mäßig. Den Kohlengräbern wie den Stahlarbeitern fehlte der Streikfonds. Um eine Reserve für den Kriegsfall anzuhäufen zu können, ist da wie dort der von den Mitgliedern in die Verbandskasse einzuzahlende Beitrag viel zu gering. Indessen, wenn auch die Kohlengräber im Verhältnis zur Kopfzahl der Mitgliedschaft finanziell ebenso ungenügend zum Kriege gerüstet waren, wie die Stahlarbeiter, so erlaubte ihnen ihr absolut größerer Kassenbestand immerhin, erheblich bedeutendere Aufwendungen zu machen für den bei großen Streiks so wichtigen Agitations- und Organisationsbetrieb, und ferner konnten ihre Agenten bei dieser Thätigkeit sich auf ein ungleich engeres Terrain beschränken, als die vom Stahlarbeiterverband.

Dagegen war in beiden Fällen die Kapitalstärke der Unternehmerschaft eine verschiedene. Als der Verband der Bergleute zu Felde zog, das Anthracitgebiet für seine Organisation zu erobern, war der Gegner, mit dem er anband, repräsentirt durch die bekannten neun Eisenbahn-Kompagnien, deren Linien dieses Gebiet durchzogen und die zum weitans größeren Theile neben dem Transport und Absatz auch die Produktion der Anthracitkohle betreiben. Wie bedeutend nun aber auch die Summe der Kapitalien sein mag, worüber diese Kohlenbahngesellschaften verfügen, sie bilden doch mit ein Kartell, eine Vereinigung zur Preisfestung und Hochhaltung der Preise, und einem Kartell stehen zur Bekämpfung ausländischer Arbeiter natürlich bei Weitem nicht die pekuniären Mittel zur Disposition, wie einem Trust Direktorium, das über das ganze Geldkapital der den Trust konstituierenden Gesellschaften verfügt. Dazu hatte die Amalgamated es mit dem größten aller amerikanischen Trusts zu thun, der jedenfalls flüssiges Geld in enormer Masse besitzt. Je größer aber die Werthmenge des baaren Geldes im Besitz des Kapitalisten, der den Arbeitern bei einem Ausstand gegenübersteht, um so größer für den Gegner die Möglichkeit zur Anwerbung von Streikbrechern und zur Verführung der Proletarier.

Wierens kommt in Betracht die Größe der Streikarmee im Verhältnis zu der für die Deckung der Nachfrage nach Arbeitern in dem betreffenden Industriezweig erforderlichen Mannschafft. In der fast gänzlich innerhalb des einen Staates Pennsylvania gelegenen Hartkohlenregion waren vor dem Streik im letzten Herbst circa 160,000 Arbeiter beschäftigt, und hieron theilhaftig sich 130,000 bis 140,000 an dem Ausstand. Das bedeutete also ein Defizit des Arbeitsangebots gegen die Nachfrage um beinahe 90 Prozent. In den verschiedenen Branchen der Eisen- und Stahlindustrie waren im ersten Quartal des laufenden Jahres — der Streik begann am 14. Juni — nach schätzungsweise Angaben ungefähr 300,000 Arbeiter beschäftigt, und zur Zeit des höchsten Punktes seiner Ausdehnung betrug die Zahl der Ausständigen nur etwa 70,000. Sonach wurde der Produktionsbetrieb, im Ganzen genommen, durch den Streik nur um etwa ein Viertel aufgehoben. In den Weichblechfabriken freilich stellte sich das Verhältnis erheblich günstiger für die Streiker. Fast alle Fabriken dieser Branche standen gänzlich still, und entsprechend dem hohen Schutzoll ist hier der Kapitalgewinn ganz besonders hoch, ein Grund, der den Trust wohl am meisten dazu bemogt haben dürfte, den Wogen nicht allzu straff zu spannen und den Streikern wenigstens einige Konzeffionen zu gewähren.

Ein wichtiger Entscheidungsfaktor ist auch die qualitative Zusammensetzung der Streikermassen. In dem einen wie dem andern Falle überwiegt das Element der nicht (handwerklich) gelehrten Arbeiter oder Handlanger. Hätten diese Leute nicht mit den gelehrten Arbeitern gemeinsame Sache gemacht, dann konnte der Streik der Stahlarbeiter kaum eine Woche bestehen; ihnen ist es zu bedauern, daß dieser Kampf nicht mit einer schnellen und für die Organisation völlig vernichtenden Niederlage endete. Wenn die Amalgamated bei der Affaire mit einem blauen Auge davontkam, ist also durchaus sicherlich nicht zu schließen, daß in der Eisen- und Stahlindustrie die gelehrtere Arbeit heute noch eine herbaragende Rolle spielt. Das Gegentheil ist der Fall; unter den 70,000 Streikern waren nur höchstens 10,000 von der Kategorie der „gelehrten“ Arbeiter.

Was aber den Stahlarbeitern bei ihrem Zustand mehr als alles Andere zum Schaden gereichte, das war, so paradox es scheinen mag, die Zusammenfassung ihrer streitenden Mannschaften aus zumeist eingeborenen Amerikanern, beziehungsweise aus nur englisch verhandelnden Arbeiterelementen. Der im Lande geborene Proletarier, wenn er zu den intelligenten gehört, und ebenso der aus den Ländern englischer Sprache eingewanderte, versteht sich vorzüglich auf den Kleinraum des politischen Treibens, wie dies hierzulande üblich ist; er ist zumeist auch ein guter Redner und repräsentiert, wenigstens in den zahlreichen Fabrikkästen auf dem Lande, das beste Menschenmaterial für den Aufbau einer großen sozialistischen Partei. In der Gewerkschaft aber ist er zu sehr Politiker, Politiker vom landläufigen niedrigen Schlag, und als solcher ein Dämon der Stimmzettelhändler und der Vertreter kleiner oder großkapitalistischer Interessen. Da er gewohnt ist, die Politik anderer Klassen zu verfolgen, hat er keine Zeit für seine eigene Politik, die nur die Politik seiner Klasse sein kann, und deshalb will er vorläufig noch nichts wissen von einer politischen Organisation seiner Klasse, einer Arbeiterpartei. So beschränkt sich denn die Politik des Dämonen, die er in seiner Gewerkschaft (wenn auch jedesmal in offener Beschränkung derselben) betreibt, darauf, bei den „Staatsmännern“ der herrschenden Klassen zu antworten und in den „Lobbies“ der Gesetzgeber dieser Klassen zu petitionieren, um arbeiterfreundliche Gesetze und Erleichterungsregeln zu erbeteln, mit der Androhung, bei der nächsten Wahl jener Ausbeuterpartei, die das Gewinnsüchtigt nicht verschonen oder ihr Versprechen gebrochen hat, die Wahlmänner der Arbeiter zu entziehen und sie der anderen Ausbeuterpartei zuzuwenden. Nun haben wir in Amerika zwei Kategorien von Deutepolitikern: da sind erstens die Nichtproletarier, die, welche selber Kapitalisten sind und direkt repräsentantien kapitalistischer Interessen sind, und neben diesen haben wir die Professionellen, für die der Politikbetrieb ein reguläres Gewerbe ist, eine spezifisch amerikanische Sorte. Ersteren, denen die Erwählung für ein Amt keine Existenzfrage ist, kann die Androhung des politischen Wohlstandes überhaupt nicht imponieren; die Gewerkschaftspolitiker aber können die besagte Androhung nur in dem Fall in Schrecken setzen, wenn den Worten die Tat in Gestalt empfindlicher Wohlthaten an der Wahlurne auf dem Fuße folgen würde. Doch das geschieht nicht. Unsere konfessionellen Gewerkschaftler lassen es regelmäßig beim Worte bewenden, sie agieren nach wie vor auf der politischen Bühne als Druckgruppen der Partei ihrer Wahl auch dann, wenn diese nach dem Beschluß ihres Gewerkschaftsbörsenbörse werden sollte. Daran folgt natürlich, daß ihre ganze Aktion sich auf ein „bluff game“ reduziert, durch das sich unsere schlaunen Politikanten nicht verblüffen lassen und daß somit die Trade Unions, die sich auf dieses thörichte Spiel einlassen, als politischer Faktor überhaupt nicht in Rechnung kommen. Noch mehr: es liegt in der Natur dieses traurigen Spieles, daß es das selbständige politische Denken der Spieler, ihre Entwicklung zur geistigen Höhe des modernen Proletariats im Sinne unterbindet.

Wir haben bei der Krise dieser Nacharbeiterpolitik etwas eingehend vertriebt, weil sie oberan steht unter den Ursachen, die unsere Stahlarbeiter unfähig machten für einen großen gewerkschaftlichen Kampf. Noch bei der Präsidentschaftswahl im vorigen Jahre verbandte die Amalgamated Zentralstelle an die Arbeiterorganisationen des Landes, wozu sie dringend für Erwählung der republikanischen Kandidaten und Kongresskandidaten plaidierte und, um des lieben Schnitzalls willen, besonders den Herrn McKinley in den Himmel hob, den obersten Repräsentanten der kapitalistischen Anarchie. Ihnen ist nun der Dank der Kapitalisten zuteil geworden. Statt mit Reußen, wie vor neun Jahren bei Homestead, züchtigt sie der Kapitalismus jetzt mit Skorpionen, um ihnen Verständnis für die einfache Wahrheit einzutragen, daß die Phrase vom „Schutze der nationalen Arbeit“ praktisch nichts Anderes bedeutet, als Schutz für die Waare, die als Eigentum des Kapitalisten auf dem Weltmarkt erscheint, also Kapitalistenschutz. Handelte es sich damals auf Seite der Arbeiter um Abwehr einer Lohnreduktion nur in den Stahlwerken des famosen Philanthropen Carnegie, ein Kampf, worin die Arbeiter trotz heldenhafter Defensivkämpfe unterlagen, so stand jetzt mit dem „Organisationsrecht“ die Aufrechthaltung der Lohnsätze in allen Fabriken dieser Industrie auf dem Spiele. Wenn es in diesem ungleich größeren Kampfe einem so gewaltigen Gegner wie dem Stahlkonzern doch nicht gelang, die Organisation der Arbeiter gänzlich zu zerstören, so verstanden sie es, wie ein Mörder seinen Mann, einzig nur ihrer Organisation, nicht im geringsten aber dem Schutzregime und der Schutzpartei, welche letztere für ihre getreuen Schützlinge nicht einmal das kleinste Probierstückchen übrig hatte.

Nach welcher interessanter Parallele, wenn wir nun wieder auf den Fall der Kohlenarbeiter zurückkommen. Der Verband der vereinigten Bergarbeiter besitzt ein sozialistisches Element, das zwar nur eine Minderheit der Mitglieder bildet, sich aber aktiv bemerkbar macht, während von einem solchen Behauptung bei den Eisenarbeitern nichts bekannt geworden ist. Der andere größere Teil der Kohlenarbeiter aber steht im Übrigen unter dem Banner der kleinbürgerlichen Sozialdemokratie, woraus folgt, daß die Arbeiter am Rande der demokratischen Partei einherlaufen, zumal in den westlichen Staaten. Sie haben für die Schutzpartei, so viel man weiß, noch nie propagiert und gehören daher nicht zu den Stützen der republikanischen Partei. Trotzdem, siehe da: bei ihrem Streik im letzten Herbst trugen die regierenden Führer dieser Partei, woran der Großindustrielle Karl Hanna, eine ganz ruhende Synagoge für eine Arbeitergruppe zur Ehren, die ihnen jedesfalls nicht so dankbar zu sein war, als jene der Eisenarbeiter, und sie griffen zu Gunsten der Arbeiter ein in den Kampf, indem sie durch ihren Einfluß eine Vereinbarung herbeiführten, die für diese Arbeiter ziemlich vorteilhaft war. Es ist demnach mindestens wahrscheinlich, hätten die unterzeichneten Führer der Amalgamated zeitig genug den Kohlenarbeitern bezüglich die Hilfe gezeigt, indem sie den Einfluß an die sozialistische Partei beantworteten, so wäre das von ihnen Gegene empfangen worden als eine Anerkennung, den Bergarbeitern nicht ohne Erfolg zu kommen.

und es hätte dazu beigetragen, ihnen einen günstigeren Kompromiß zu sichern. Aber die Führer der Amalgamated waren geborene Amerikaner, „smarte“ Amerikaner. Sie waren zu smart für ihre große Aufgabe. Das war ein Malheur für ihre Organisation, denn „es nützt nichts, in großen Dingen schlau zu sein“.

Dem Verfasser dieses ist in nahezu fünfzigjährigen Jahren der Beobachtung der Arbeiterbewegung dieses Landes nicht ein einziger Fall zur Kenntnis gelangt, wo die organisierten Eisen- und Stahlarbeiter irgend eine andere Gewerkschaft in irgend einer Weise unterstützt hätten. Schmerzlich werden andere von einem solchen Falle berichten können. Sind sie jemals kämpfenden Arbeitern anderer Industriezweige mit helfender Hand beigefallen, sei es durch Geldhergabe oder durch Wohlthaten der von Nicht-Unionunternehmern zu Markte gebrachten Waaren, so haben sie es nicht publizieren lassen, die Amerikaner sind aber wirklich nicht gewohnt, wenigstens nicht bei Geldspenden, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen. Wie dem sein mag: als der Appell um finanzielle Unterstützung der Amalgamated an die verschiedenen Gewerkschaften erging, hieß es bei diesen: Ganz recht — aber was haben denn jene Leute je für uns gethan? Der Erfolg dieses Ersuchens um Kriegssubsidien war daher sehr gering, der Bedarf aber sehr bedauernd, um so mehr als der im Kampfe befindliche Verband, wie oben bemerkt, so gut wie gar nicht pekuniär gerüstet war. Was auf der anderen Seite den Verband der Bergleute betrifft, so war er anbetrachts der geringen Steuerkraft seiner Mitglieder, die sich wiederum durch deren empfindlich niedrigen Jahresverdienst erklärt, teilweise entschuldigt, wenn von ihm in finanzieller Unterstützung anderer im Kampfe stehenden Unions nichts oder nur wenig geleistet wurde, dafür aber gehörten seine Mitglieder zu denen, die sich auszeichneten in „moralischer“ Unterstützung der kämpfenden Brüder anderer Gewerke: unter den vielen, fast ausschließlich von Kohlengräbern bewohnten Ortschaften im südlichen Illinois, in Indiana, Ohio, Pennsylvania usw. gibt es eine ganze Anzahl, wo andere als von „Union“-Arbeitern herkommende Waaren überhaupt gar nicht zu haben sind, ausgenommen natürlich solche, die von Arbeitern hergestellt werden, für welche eine Gewerkschaftsorganisation nicht existiert. Es ist dort für Kaufleute einfach geschäftlicher Selbstmord, wollten sie versuchen, Nicht-Unionwaaren feilzubieten — so streng wird an diesen Orten das Prinzip der Solidarität aller organisierten Arbeiter aufgefaßt und durchgeführt. Und „wer gibt, dem wird gegeben“, heißt es in der Gewerkschaftsbewegung, und vielleicht nicht nur in Amerika.

Tätigkeitsbericht für den Agitationsbezirk Brandenburg, Pommern und Mecklenburg für das erste Halbjahr 1901.

II.
 Ueber die Arbeitsleistung geben die nachstehenden Zahlen Rechenschaft. Die in Klammern beigefügten Zahlen ermöglichen den Vergleich mit dem zweiten Halbjahr 1901. Es wurden 56 (49) Orte besucht und dazu 119 (146) Reisetage gebraucht. Innerhalb des Bezirkes waren 50 (40) Orte, außerhalb des Bezirkes 6 (9) gelegen. Von den im Bezirk gelegenen Orten wurden am häufigsten besucht: Cottbus 8 Reisetage, Köslin 7, Weiskam 6. Mehr als 3 Reisetage beanspruchten: Brandenburg und Posen.

In welchem Maße meine eigene Tätigkeit durch Hilfskräfte ergänzt wurde, zeigt nachstehende Aufstellung. Es entfielen Reisetage:

auf den Monat	davon selbst geleistet	durch Andere
Januar (Juli)	19 (27)	16 (26)
Februar (August)	22 (12)	21 (11)
März (September)	24 (26)	20 (23)
April (Oktober)	14 (24)	13 (16)
Mai (November)	17 (26)	17 (26)
Juni (Dezember)	25 (3)	23 (23)
119 (146)		110 (125) 9 (21)

Am häufigsten wurde Cottbus besucht wegen des Streiks bei der Firma Welt, sowie zur Regelung von Verwaltungsarbeiten und Agitation. Sodann folgt Köslin zur Durchführung einer angriffsweisen Bewegung auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und endlich Weiskam wegen des Streiks, der noch bis in den Monat Februar hinein dauerte.

Ueber den schriftlichen Verkehr mit den Verwaltungen geben folgende Zahlen Auskunft:

	Post- Eingänge	Post- Ausgänge
im ersten Halbjahr 1900	465	2420
im zweiten Halbjahr 1900	543	1741
im ersten Halbjahr 1901	451	3571

Unter den letzteren befinden sich 960 Berufungseinladungen und 667 Anfindigungen an die Klempnermeister, betr. Einrichtung des Arbeitsnachweises, ferner die Rundschreiben an die Ortsverwaltungen und die Revisoren.

Die Differenzen mit den Unternehmern sind in der Berichtsperiode naturgemäß anders als früher verlaufen, weil die Organisation mit der stetig wachsenden Zahl von Arbeitslosen rechnen mußte, welche nur zu leicht zu Streikverderbnissen zu haben sind, zum Teil natürlich mehr der Roth gehorchend als dem eigenen Triebe.

Ueber den Reich der Reich habe ich meinen Ausführungen im letzten Halbjahresbericht nichts hinzuzufügen, ebenso wenig über den Streik bei der Firma St. Welt in Cottbus. Außer diesen aus dem Jahre 1900 übernommenen Bewegungen kamen noch in Sozra Lohnabzüge vor, die zu einer Arbeitsentziehung von einem Tage führten. Nach geringfügigen Zugeständnissen wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In Posen planten die Bergarbeiter eine angriffsweise Bewegung. Auch diese wurde schließlich auf bessere Zeiten vertagt. In Po-

sen waren Lohnreduktionen eingetreten. Die Direktion willigte zwar nicht in die Zurücknahme derselben, widerrief jedoch die schon vor Eintritt in die Verhandlungen abermals angebotenen weiteren Maßnahmen auf Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse. In Cherswald kam es ebenfalls zu Differenzen im Betrieb der Märkischen Eisengießerei. Schon zu Weihnachten 1900 wurde den Formern fast alle 4 Wochen Gerabefegung der Werkzeuge angeboten. Obwohl von Seiten der Arbeiter in aller Güte Vorstellungen erfolgten, hatten dieselben keinen Erfolg. Es wurde vielmehr jede Verhandlung mit neuen Abzügen beantwortet. Das ging bis Ostern 1901 hin. Als dann abermals Abzüge erfolgten, und wieder Verhandlungen angesetzt wurden, antwortete die Direktion der „Märkischen Eisengießerei“ mit Maßregelungen. In einen Streit, so berechtigt derselbe schon zu Weihnachten, und noch mehr zu Ostern war, war nicht zu denken. Es blieb nichts übrig, als die Gemafregelungen zu unterstügen. Durch diese Vorgänge aber bekam die Direktion Oberwasser und ein Teil der Mitglieder kehrte dem Verband den Rücken, aus bloßer Furcht — Wieder waren es dann Formern in der Neptun-Werft zu Posen, welchen Verschlechterungen der bestehenden Verhältnisse angeboten wurden unter Zurückweisung der angestrebten Beseitigung erheblicher Mängel. Durch Verhandlungen wurde Nichts nennenswertes erreicht — schöne Worte gab es freilich genug — und zum Streik war auch in diesem Falle nicht zu rathen.

Das angriffsweise Vorgehen zur Verbesserung bestehender Verhältnisse mußte bis auf einen Fall eingestellt werden. Dies ist die Bewegung in Posen. Schon vor einem Jahre hatten die Unternehmer, mit Ausnahme der kleinen Krauer, schriftliche Bewilligung der Lohnsätze zugesagt. Diesmal nun waren die Fabrikarbeiter, gut organisiert, in den Streik eingetreten. Die Unternehmer der Metallindustrie wollten Anfangs der Auslieferung, die die anderen Fabrikanten vornahmen, sich anschließen, willigten aber schließlich in Verhandlungen, und nun wurde eine Vereinbarung auf 2 Jahre getroffen, über welche bereits in der Nr. 3. berichtet worden ist. Dieser Fall hat eine beherzigenswerte Lehre gezeitigt. Der Streik der (ungelehrten) Fabrikarbeiter ging verloren, die Organisation derselben ist zum größten Teil vernichtet, während wir nicht nur unsere Position verbessert, sondern auch Anerkennung der Organisation erzielt haben. Die Lehre liegt darin, daß man selbst bei starker Organisation mit der Vorsicht vorgehen soll, daß nicht nur der günstigste Zeitpunkt abgemerkt wird (das hatten die Fabrikarbeiter veräumt), sondern auch dann alle Mittel zur Erzielung eines Verständnisses erschöpft werden müssen. Man kann von einzelnen Unternehmern nicht einmal Entscheidung in wenigen Tagen verlangen, wie es hier geschah, geschweige denn von einer Koalition von Unternehmern. Damals, bei Ausbruch des Kösliner Streiks der Fabrikarbeiter, hätten unsere Kollegen am liebsten gleich mitgemacht — heute sehen sie alle ein, daß wir die richtige Taktik mit der Zurückhaltung und den Verhandlungen eingeschlagen haben.

Der Beginn der Krise hatte mich veranlaßt, den Versuch zu machen, über den Geschäftsgang fortlaufend Erhebungen anzustellen. Das geschah dadurch, daß ich auf den Fragebogen, welche die Ortsverwaltungen halbjährlich ausfüllen, auf der Rückseite die bezügliche Fragen ausdrucken ließ. Es scheint für die Wichtigkeit dieser Sache leider nicht das rechte Verständnis zu herrschen, denn die Beantwortung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Dessenungeachtet will ich das gewonnene Material auszugeweiht veröffentlichten, vielleicht trägt dies dazu bei, das Verständnis für die Wichtigkeit der Sache zu heben.

Die Fragestellung ist folgende:

- 1) Ist am Orte allgemein oder in einzelnen Betrieben oder Branchen wegen guten Geschäftsganges die Arbeitszeit (durch Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit) verlängert worden?
- 2) Besteht allgemein oder in einzelnen Betrieben oder Branchen regelmäßige (gleichmäßige) Beschäftigung und Arbeitszeitdauer?
- 3) Sind allgemein oder in einzelnen Betrieben oder Branchen wegen schlechten Geschäftsganges Betriebsentstellungen oder Verkürzung der Arbeitsstunden eingetreten?
- 4) Sind in Verbindung mit Betriebsentstellungen (oder unabhängig davon) allgemein oder in einzelnen Betrieben oder Branchen, Veränderungen der Lohn- oder Affordsätze vorgekommen, durch welche eine Verschlechterung des Einkommens der Arbeiter eintrat?

Es wurden verlangt Antworten mit Angabe von:

- 1) Zahl der Arbeiter, welche von den nebenstehenden Maßnahmen betroffen wurden.
- 2) Zahl der Betriebe, welche von den nebenstehenden Maßnahmen betroffen wurden.
- 3) Zeitpunkt der Einführung der nebenstehenden Maßnahmen.

Die eingelaufenen Antworten enthielten nur in wenigen Fällen Einzelangaben. In der Regel hat die betreffende Maßregel den ganzen Betrieb betroffen. Nun sind aber auch nicht in allen Fällen die Zahlen der zur Zeit in jenen Betrieben beschäftigten Arbeiter angegeben worden, so daß ich genötigt war, auf frühere Statistiken zurückzugreifen. Da jedoch der wirtschaftliche Niedergang schon Monate lang dauert, kann die Zahl derjenigen Arbeiter, die von für sie ungunstigen Maßnahmen betroffen sind, keineswegs so hoch, sondern zweifellos nur zu niedrig gegriffen sein.

Die Erhebungen beziehen sich auf 9808 Arbeiter und stellt sich das Gesamtergebnis folgendermaßen:

Verlängerte Arbeitszeit hatten	967 = 9,9 Proz.
Regelmäßige Beschäftigung hatten	1822 = 18,9 „
Verkürzte Arbeitszeit hatten	4748 = 48,1 „ (1)
Entlassen wegen Einstellung des Betriebes sind	176 = 1,7 „
Verschlechterte Lebenshaltung ohne Arbeitszeitverkürzung durch Lohnreduktion hatten	2095 = 21,4 „
9808 = 100,0 Proz.	

Von den 4748 oder 48,1 Prozent hatten außer der Verkürzung der Arbeitszeit noch 2200 Arbeiter noch Lohnreduktionen, also doppelte Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse. Ferner ist der Riesenbetrieb „Bulkan“ in Steettin mit seinen 7000 Arbeitern, bei denen unter heutigen Verhältnissen eine genaue Feststellung sehr schwer fällt, in die obige Statistik nicht eingerechnet. In einigen Abteilungen dieses Werkes werden Ueberstunden gemacht, in anderen Abteilungen finden Arbeiterentlassungen statt, Lohnreduzierungen sind an der Tagesordnung, so daß man hier sicher noch 80—40 Prozent von jenen 7000 zu denen rechnen könnte, welche unter den heutigen ungünstigen Verhältnissen leiden.

Somit, wenn man irgendwo bei den Kollegen sich erkundigte, klang es überall entgegen: Wir müssen ständig Ueberstunden machen! Heute sind es nur 10 Prozent der Arbeiter, und auch diese sämtlich für eine Branche: die landwirtschaftliche Maschinen-Industrie. Natürlich halten auch hier die Ueberstunden nur so lange an, als die Saison dauert. So sehr es erwünscht ist, daß Ueberstunden nicht gemacht werden, so sehr sehen wir uns doch veranlaßt, darauf hinzuweisen, welche ungeheure Schädigung der Arbeiter darin liegt, wenn, wie hier nachgewiesen, beinahe die Hälfte der Arbeiterschaft unter verkürzter Arbeitszeit (natürlich mit entsprechendem Lohnausfall) leiden muß! Dazu noch jene 2200, also 22 1/2 Prozent, gerechnet, welchen man außer der Verkürzung der Arbeitszeit noch Lohnabzug extra zuzurechnen hat, das zeigt den Schaden, den die Krisis anrichtet, in welchem Maße die Entlassungen, welche stattgefunden haben, sind bei Weitem nicht alle gemeldet, es sind nur Fälle, wo Betriebseinstellungen eintreten, und auch diese nicht alle.

Die Ortsverwaltungen, ja jeder einzelne Kollege mag daran erkennen, wie wichtig eine solche Anstellung ist. In Werth gewinnt dieselbe erst, wenn ein Vergleich mit anderen Perioden stattfinden kann. Das soll — selbst — das nächste Mal geschehen, und zwar wird die Angelegenheit, ohne daß die Vergleichsmöglichkeit darunter leidet, noch etwas mobilisiert werden.

Die Wichtigkeit liegt keineswegs allein darin, daß Material, wie hier gesehen, in der Metallarbeiterzeitung auszugswise veröffentlicht wird, sondern es wird mit auch Material für die Agitation gewonnen, und ferner werden für die künftigen Lohnbewegungen — nach Berücksichtigung der Krisis — Anhaltspunkte gegeben, da ja das Material von jedem Ort dann gesondert vorliegt.

Nachmals: Thue Jeder für die Folge seine Schuldigkeit, wenn mit Beginn des neuen Jahres diese Fragen abermals gestellt werden!

Von den sonstigen Organisations- und Agitationsarbeiten sei das Folgende berichtet:

Die Revisionen, so weit dieselben noch vollzogen sind, geben mit abermals Anlaß, in der Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß die Verbandsmittel auch nur zu Verbandszwecken verbraucht werden dürfen, das heißt: Es darf kein Pfennig Geld aus Verbandsmitteln verliehen werden, ganz gleich zu welchem Zweck, und ganz gleich, ob „Sicherheit“ dafür vorhanden ist, oder nicht. Gegen diesen so ganz selbstverständlichen Grundsatz wird noch immer und immer wieder verstoßen.

Ferner ist es eine ganz unerläßliche Notwendigkeit, bei Personenwechsel im Kassierposten die Uebergabe der Marken- und Geldbestände in Zeugeneigenschaft vollzogen, und vor Allem auch Urkunden ausgefertigt und die Bücher in Ordnung gebracht werden. Geschieht das nicht, so kann der neue Kassierer stets Unregelmäßigkeiten oder gar Veruntreuungen auf den alten Kassierer abwälzen, der seinerseits dann jede Schuld bestrittet, und so wird die Unterordnung bis ins Ungeheuerliche erhöht, die sonst gar nicht erforderlich ist.

Die Revisionen durch die am Orte gehaltenen Revisionen werden immer und immer noch vernachlässigt. Dabei ist eine häufige Revision nicht nur im Interesse des Verbandes, sondern sogar im persönlichen Interesse des Kassierers das Allerwichtigste. Mögen die Kollegen doch das endlich einmal beherzigen!

Der Provinzial-Arbeitsnachweis für Tempner hat sich im Großen und Ganzen ebenfalls behauptet, so wie der Anfangs nur für Steettin errichtete, der einzige Uebelsiand von Bedeutung ist der, daß wohl Arbeitskräfte in der Provinz verlangt werden, jedoch die Kollegen nicht gern solche Stellen belegen, d. h. daß mehr Angebot als Nachfrage nach Arbeitskräften ist, und die Arbeiter, welche einmal keinen Gesellen erhalten haben, den Arbeitsnachweis nicht wieder benutzen. — Zum Theil liegt die Schuld allerdings an den niedrigen Arbeitslöhnen, zum Theil aber auch an der Abneigung gegen „das kleine Rest“, die Arbeitskraft verlangt wird. Die Mißstände, welche schon jetzt herausgestellt haben, sind zu beheben, und soll es zu Anfang des nächsten Frühjahrs bei Gelegenheit der Kampfkampfung des Arbeitsnachweises geschehen.

Einen nur zu breiten Raum in meiner Thätigkeit nimmt die Schlichtung persönlicher Streitigkeiten ein. Es ist fast unbegreiflich, wie unter Kollegen, welche in einer Organisation gemeinschaftlich gegen den gemeinsamen Feind, das Kapital, kämpfen, ja, in einer Ortsverwaltung, die der Leitung der Geschäfte betraut sind, wie unter solchen Kollegen solch — oft blinder — glühender Haß entstehen kann, wie die kleinsten Streitigkeiten aufgeschaukelt werden, Behauptungen aufgestellt, die sich hinterher nur als Verneinungen herausstellen, und so die Ehrenhaftigkeit des Freundes und Waffenbruders in Zweifel gezogen werden kann! Wenn nur ein ganz klein wenig Ueberlegung Platz greifen würde, so müßte sich jeder Kollege selbst sagen, daß mit solchen Dingen, ganz abgesehen von den Kosten der Untersuchung usw., die Organisation so geschädigt wird, daß Monate, ja jahrelange Arbeit dazu gehört, den Schaden wieder wett zu machen. Die Einzelfälle hier anzuführen, halte ich für zwecklos, müge nur jeder Kollege, insbesondere diejenigen, die sich getroffen fühlen, durch Nachdenken sich bemühen, Verrückungen eintreten zu lassen.

Damit in der hundertsten Nummer meines Berichtes nur ja nichts fehle, muß ich auch noch über — Polizei-

schikanen berichten. Heute kennt jeder Beamte das Gesetz — daran wird doch Niemand zweifeln wollen? — und doch kommen Mißgriffe vor, indem Sitzungen und Bestellen-Verhandlungen für öffentliche Versammlungen gehalten werden, und dementsprechend wegen Nichtanmeldung Strafanzeige erstattet wird. Ferner gestattet man in einzelnen Orten keine Vergütungen, welche die Leitung des Verbandes am Orte für die Mitglieder und deren Angehörige veranstalten wollen. Man erklärt die Verwaltungsstelle für einen politischen Verein, und das geplante Vergütigen als eine — Versammlung des politischen Vereins, an der Frauen nicht teilnehmen dürfen! Also: Lange ohne „Weiber“. — Endlich Saalabtreiberi und so weiter, so daß ich auch genötigt war, mich mit Polizei und Gericht herumzuergern.

Öffentliche, Mitglieder- und Bestellen-Versammlungen einzeln heranzuzählen, würde viel zu weit führen, es sei nur erwähnt, daß außer circa 85 öffentlichen noch eine ganze Reihe Mitglieder- und Bestellen-Versammlungen stattfanden, und auch wieder für zwei Orte (Gosfen und Köstlin) Flugblätter mit besonderem Inhalt für den jeweiligen Zweck hergestellt wurden.

Außerhalb des Bezirkes war ich wesentlich in Ost- und Westpreußen und Posen (Bromberg) thätig. Zum Theil in agitatorischer Arbeit, zum Theil — leider — aber auch in Danks für Regelung überaus behauerlicher tiefgreifender persönlicher Streitigkeiten. Mögen also auch die Kollegen außerhalb des Bezirkes sich das merken, was ich in Bezug auf diese persönlichen — na, sagen wir wie es ist — Ständereien gesagt habe.

Nun zum Schluß! Ein arbeitsreiches Halbjahr liegt hinter uns. Ich war bemüht, meine Schuldigkeit zu thun, und habe auch in vielen, vielen Fällen Hilfe und Entgegenkommen gefunden. Nicht immer! Deswegen möchte ich, wie früher so auch heute nochmals bitten, bei meiner Arbeit mir die nötige Unterstützung nicht zu versagen. Vor allen Dingen aber alle Briefe und Korrespondenzen schnellstens zu erledigen. Viele, nur zu viele Kollegen huldigen der falschen Meinung, daß in der Zeit der Krisis die Agitation nicht so energisch betrieben werden kann! Gerade jetzt müssen die Reihen gestärkt werden, damit wir die Krisis nicht nur überwinden, sondern gestärkt an Mitgliederzahl daraus herorgehen. Es kann uns auch an Erfolgen nicht mangeln, weil jetzt denn doch ein jeder Kollege einsteht, daß es ohne den Verband weder in der Nothlage, noch bei Arbeitslosigkeit, oder gar im Kampf nicht angeht! — Dazu kommen aber noch alle die „Friedens“-Arbeiten, die den Kampf vorbereiten und den Mitgliedern zeigen sollen, was der Verband für sie thut. Ich meine damit das, was von mir auf der Bezirkskonferenz angeregt wurde: Erhebungen über das Lehrlingswesen, und Abhilfe der Mißstände in dieser Richtung auf Grund der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, ferner die Anzeige von Fabrikmißständen an die zuständigen Behörden, die Prüfung der Fabrikordnungen auf gesundheitliche Bestimmungen, und endlich die neuerlichen Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Das ist ein so großes Arbeitsfeld, daß alle Kräfte angespannt werden müssen, und daher rufe ich allen Kollegen zu: Helft uns die Krisis überwinden, mit allen Mitteln, helft uns den Verband stärken, dann können wir den Unternehmern späterhin das abtropfen, was sie heute dem wehrlosen Proletariat abschöpfen!

Stettin, 11. Oktober 1901.

G. Rohrlad.

Bezirkskonferenz der Metallarbeiter Sachsens und Thüringens.

Ueber die Frage, ob ein Gauleiter ernannt werden soll, wurde auf der Konferenz für Sachsen und Thüringen am 12. Oktober eine namentliche Abstimmung vorgenommen.

Für die Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters stimmten: Kurze-Wuc; Kiechler-Döbeln; Kühn-Ebersbach; Schreiber-Grosch; Michalis, Hermann-Hohenstein, Bergert-Groß-Schönau; Lange-Marxstadt; Ngen, Bellmann-Meißen; Seliger-Mittweida; Nürich, Schlotte-Neugersdorf; Baum, Fellbaum-Niederseibitz; Wagner-Oberschlema; Krauser-Penig; Metz-Blauen i. Vgl.; Hoffmann, Haack, Jitzlein-Dresden; Böhme, Schramm-Leipzig; Hänisch-Jittau; Schlichte-Roswein; Ludwig-Weiskitz; Beder, Rodet-Bera; Heister-Wühlhausen i. Th.; Braun, Peter-Ruhla; Müller-Mudolstadt; Müller-Bocher-Saalfeld; Nag-Schleiz.

Dagegen stimmten: Schneider-Burgstädt; Kroll, Krause, Niemann-Chemnitz; Beder, Scharfsmidt-Crimmitschau; Hartmann-Glauchau; Gebhardt-Großhain; Mai-Grina; Blomm-Rimbach; Wolfert-Merane; Studol-Neustadt; Jensch-Reichenbach; Hunger-Reichenhain; Schick-Schwarzberg; Haberborn-Wurzen; Winkler, Richter-Zwickau; Diez, Albrechts, Ender-Leipzig; Leberer, Wunderlich, Kirnse-Altenburg; Wolf-Lynda; Seidel, Hornung-Eisenach; Klamek-Eisenach; Kellner, Wäsche, Wagshal-Erfurt; Walter-Goldlauter; Bahn, Klein-Gottha; Zimmermann-Göbnitz; Meißner-Greiz; Licht, Wenig-Jahreshausen; Seiber-Ilmenau; Große, Niedermann-Florsberg; Hirt-Roburg; Leber, Reinhardt, Hühlich-Jena; Köber-Vieufoln; Franzig-Naumburg; Schimmelman-Neubrück; Ullig-Schmöln; Kummer, Sobja-Suhl; Ostheimer-Weimar; Balleit, Otto-Zeitz; Böhme-Zeulenroda; Bach-Weißfels; Schreyer, Streng-Mehlitz; Albertus-Waltershausen; Krichner-Schmalbalben; Wolf-Neustadt a. O.

Mittheilungen aus der Metallindustrie.

Eisen- und Stahlerzeugung der Welt im Jahre 1900. Die große im Jahre 1899 erreichte Weltausbeute an Eisen und Stahl wurde im Jahre 1900 zwar überboten, aber um eine verhältnismäßig sehr kleine Menge. Inwieweit ist die Thatfache, daß noch eine Mehrerzeugung gegenüber der vorjährigen großen Leistung stattfand, von Bedeutung. In metrischen Tonnen vertheilte sich die Roheisen-Ge-

winnung im Jahre 1900, verglichen mit 1899, auf die einzelnen Länder folgendermaßen:

Die übrigen Länder	Deutschland	Großbritannien	Berechnigte Staaten von Amerika	1899		1900		1900
				Tonnen	Prozent der Welterzeugung	Tonnen	Prozent der Welterzeugung	
40,481,948	9,189,806	8,029,305	13,898,084	28,4	14,089,870	26,1	261,286	+
100,0	29,6	19,8	84,9	28,4	9,082,107	22,1	402,087	+
40,997,706	9,484,060	8,851,748	14,089,870	23,1	14,089,870	22,1	402,087	+
100,0	28,1	20,4	84,4	28,1	9,082,107	22,1	402,087	+
+	+	+	+	+	+	+	+	+
486,417	304,941	322,487	261,286	0,6	304,941	0,8	322,487	0,8

Die Welterzeugung gegenüber dem Vorjahre betrug in den Berechnigten Staaten 1,0 Proz.; Großbritannien hatte einen Rückgang um 4,8 Proz. zu verzeichnen; Deutschland zeigt mit einer Zunahme um 4,8 Proz. gegen 1899 und einer nur um 700,365 Tonnen hinter der britischen zurückbleibenden Gesamterzeugung die günstigste Entwicklung. Infolge der Ueberproduktion Großbritanniens wuchs die Gesamterzeugung der drei Hauptländer nur um 0,8 Proz., und ihr Antheil an der Weltausbeute ging um 0,5 Proz. zurück. Die Vereinigten Staaten allein leisteten ein reichliches Drittel des auf der ganzen Welt hergestellten Roheisens.

Die Stahlerzeugung der Welt hat sich im Jahre 1900 auch nur wenig vermehrt, war aber größer als je zuvor. Ueber 70 Proz. des erzeugten Roheisens wurden in diesem Jahre zu Stahl verwandelt. Die Thätigkeit der Industrien der einzelnen Länder in dieser Beziehung läßt sich aus folgender Zusammenstellung ersehen, welche die Fabrication von Stahl-Ingots und nicht fertig bearbeitetem Stahl umfaßt:

Die übrigen Länder	Deutschland	Großbritannien	Berechnigte Staaten von Amerika	1899		1900		1900
				Tonnen	Prozent der Welterzeugung	Tonnen	Prozent der Welterzeugung	
27,052,289	5,082,139	6,280,434	10,786,906	39,7	10,882,089	37,9	364,787	+
100,0	18,8	29,3	39,7	39,7	4,070,471	18,2	46,401	+
27,861,818	5,854,400	6,045,969	10,882,089	39,7	10,882,089	37,9	364,787	+
100,0	19,0	24,8	39,7	39,7	4,070,471	18,2	46,401	+
+	+	+	+	+	+	+	+	+
300,489	282,270	357,435	364,787	0,6	300,489	0,8	357,435	0,8

Die Erzeugung der drei Hauptländer zeigt einen Zuwachs von nur 0,2 Proz. infolge des Sinkens der amerikanischen Stahlerzeugung, namentlich in der zweiten Jahreshälfte, um 3,8 Proz. der vorjährigen Höhe. Deutschlands Stahlfabrication stieg um 5,7 Proz., diejenige Großbritanniens dagegen nur um 0,9 Proz. Deutschland stellte trotz seiner geringeren Eisenproduktion 1,668,396 Tonnen Stahl mehr her als Großbritannien. Die Zahlen beweisen den gewaltigen Aufschwung, den die Eisen- und Stahlerzeugung in Deutschland genommen hat.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend aufgeführten Verwaltungenstellen die Erhebung einer Extrasteuer gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß die Nichtzahlung der Extrasteuer in Verbindung mitunterlicher Punkte zur Folge haben kann:

Der Verwaltungsstelle in Baden-Baden die Erhebung einer monatlichen Extrastener von 5 Pf. pro Mitglied.

Unter dem Titel „Der zwölfte deutsche Mechanikertag in Dresden und die deutschen Mechaniker-Gehilfen und deren Organisation“ ist soeben einem Wünsche der Gehilfenvertreter auf dem obigen Mechanikertage entsprechend, eine Agitationschrift für die dem Feinmechanikerberufe angehörigen Kollegen erschienen, die zum Zwecke der Verbreitung in Feinmechanikerkreisen an die Verwaltungsstellen gratis abgegeben wird.

Da das Schriftchen auch sehr interessantes und lehrreiches Material über die Wirkung der Verkürzung der Arbeitszeit enthält, hat der Vorstand beschlossen, auch jeder Verwaltungsstelle ein Exemplar für ihre örtliche Bibliothek zuzustellen, und wird dies im Laufe der nächsten Tage ohne besondere Bestellung geschehen.

Wir machen sodann an dieser Stelle noch darauf aufmerksam, daß noch eine größere Anzahl von Broschüren über den Vortrag des Kollegen Martin Segig über Agitation auf der letzten Generalversammlung des Verbandes vorhanden sind, und ersuchen wir die Verwaltungsstellen, die noch solche zu verbreiten wünschen, ihre Bestellungen umgehend nach hier aufzugeben.

Ebenso ersuchen wir die Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten, ihre Bestellungen auf Metallarbeiter-Kalender pro 1902 umgehend zu bewerkstelligen, damit wir uns mit unseren Nachbarbestellungen so einrichten können, daß die Expedition keinen Verzug erleidet.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Darmstadt: der Maschinenbauer Alfred Otto Kuppert, geb. Leipzig am 20. September 1880, B.-Nr. 384, 223, wegen Veruntreuung ihm anvertrauter Gelder.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Nürnberg, Sektion der Feingoldschläger: der Feingoldschläger Bernhard Reinberger, geb. Nürnberg am 8. Mai 1882, B.-Nr. 186, 110, wegen Nichtachtung einer verhängten Sperr.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß bezw. Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die die Anträge auf Ausschluß begründeten Vorwürfe mit dem Bemerkten gegeben, daß sie, sofern sie auf dreimalige Bekanntmachung dieses sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden. Es wird zur Last gelegt:

Dem Wächter Johann Hunn, geb. zu ? am ?, Buch-Nr. 323, 406, nach dem von der Verwaltung in Bruchsal gestellten Antrag: verschiedene Schwindeleien gegen Verbandskollegen und Verleumdung derselben beim Arbeitgeber.

Dem Julius Hoffmann, geb. zu ? am ?, Buch-Nr. 244, 125, nach dem von der Verwaltung in Karlsruhe, Schwab der Bauhilfen, gestellten Anträge: Betrübungen durch entwerfene Betrugswörter.

Dem ? Alois Lehner, geb. zu ? am ?, B.-Nr. 445, 387, nach dem von der Allgemeinen Verwaltungsstelle in Nürnberg gestellten Anträge: wegen Akkordtreiben.

Alle für den Verband bestimmten Geldleistungen sind nur an

Christoph Werner, Stuttgart, Heckerstraße 160/I zu richten, und ist auf dem Postnachschuß genau zu bemerken, inwiefern das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Mechaniker.

Samburg. In einer öffentlichen Versammlung der in Samburg-Albora beschäftigten Feinmechaniker, Optiker, Instrumentenmacher und verwandten Berufsgenossen am 10. Oktober referierte Herr Kaufmännler über Kartellgemeinschaften, und welche Lehren ziehen die Feinmechaniker aus den Verhandlungen des Mechanikertages in Dresden. Dem Referenten wurde für seinen zweistündigen Vortrag reichlich Beifall zu Theil. Thormann führte aus, die uneheliche Behandlung der Gehilfenvertreter auf dem Mechanikertage wäre ganz und gar der schlechten Organisation der Mechaniker zuzuschreiben. Dann erwiderte er Bericht über die Gehilfenorganisation nach den Verhandlungen der deutschen Gesellschaft. Der Hauptpunkt der Tagesordnung galt dem Bundesverband. Otto-Sena hätte betont, daß die Vertreter nicht zusammengekommen seien, um den Dünkel der Kollegen noch mehr zu heben, sondern es sollten Mittel und Wege gefunden werden, welche Organisation die beste für uns sei, um endlich eine Einheit zu erzielen. Der Referent des Bundesverbandes erklärte die Organisation der Mechaniker ohne weiteres an. Als einen Weg zur Annäherung und späteren Heranziehung der im Dünkel befindlichen Kollegen betonte ein Theil der südlichen Kollegen den Bundesverband. Er verlas den Entwurf zu einem Statut und ersuchte um vorläufige Prüfung seiner Vorzüge. Das Referenten wäre darauf hingewiesen worden, daß eine exceptionnelle Stellung der Fein- oder Präzisionsmechaniker nur in der Rhodanie einiger Kollegen besteht. Man ist sich abgeklärte Feinmechanik in dem

Sinne, wie es in den 70er und 60er Jahren der Fall gewesen sei, gebe es heute nicht mehr. Die Feinmechanik entwickelte sich immer mehr zur Großindustrie; das beweisen Geschäfte wie Zeiss-Jena, Wamberg, Goerz-Berlin-Friedenau, Zeiss-Wetzlar, Hartmann und Braun-Frankfurt am Main-Wodenheim. In den rein mathematischen Werkstätten seien übrigens auch nicht ausschließlich Feinmechaniker beschäftigt. Gerade diese Entwicklung der Präzisionsmechanik mache ein Zusammengehen der Feinmechaniker mit den übrigen Metallarbeitern notwendig. In den Städten, wo solche Branchenverbände bestehen, hätten die Vereine nicht vermocht, mehr als 250 Mitglieder aus den Feinmechanikervereinen in sich zu vereinen. Dagegen sei die Zahl der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Mechaniker im steten Steigen begriffen. Im Jahre 1891, als der Deutsche Mechaniker-Verband zum Deutschen Metallarbeiterverband übertrat, kamen höchstens 500 Uebertritte in Betracht. Die Zahl der Mechaniker betrug aber im Deutschen Metallarbeiterverband am Ende des Jahres 1891: 723, 1893: 971, 1897: 1374 Mechaniker, 437 Optiker, 1898: 2224 Mechaniker, 279 Optiker, 1899: 3980 Mechaniker und 413 Optiker. In Dresden, von wo aus die Bestrebungen zur Errichtung eines Spezialverbandes ausgehen, sind trotz aller Bemühungen nach über 10jähriger Thätigkeit 50 Mitglieder vereint, während als Einzelmitglieder in Dresden dem Deutschen Metallarbeiterverband über 114 Mechaniker angehören. Der Korreferent resumiert dahin, daß den konzentrierten Arbeitsmitteln auch konzentrierte Arbeitskräfte entgegengestellt werden müßten und empfiehlt einen Anschluß an den Deutschen Metallarbeiterverband. Die Debatte endete mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution:

In der Erwägung, daß die moderne Technik auch bedeutende Umwälzungen in der Feinmechanik hervorgerufen hat, in der Erwägung, daß durch diese technischen Verbesserungen, verbunden mit weitgehender Arbeitsheilung, der Uebergang fremder Berufe zur Feinmechanik nicht unbedeutend erleichtert wurde, in der schließlichen Erwägung, daß die Feinmechanik immer mehr vom Großindustrialismus aufgefaßt wird und die Feinmechaniker in den Großbetrieben nicht mehr als abgeschlossener Beruf allein, sondern mit anderen Berufen zusammen arbeiten müssen, hält die Konferenz der Gehilfenvertreter zum zwölften Mechanikertag der Deutschen Gesellschaft für Mechanik und Optik in Dresden eine Organisation der Feinmechaniker mit den übrigen Berufen der Metallindustrie als den einzig richtigen Weg auch zur Verbesserung der Lage der Feinmechaniker. Als eine solche Organisation, die auch den Interessen der einzelnen Berufe vollkommen Rechnung trägt, erkennt die Konferenz den Deutschen Metallarbeiterverband an und erachtet es als eine Pflicht der Kollegen der Feinmechanik, sich diesem Verbands anzuschließen.

Im Weiteren wurde auf der Gehilfenkonferenz beschlossen, in Jena einen Ausschuß einzusetzen, der die Aufgabe hat, sämtliche Sachen für unseren Beruf zu regeln, um so eine bessere Ueberblick und Leitung in unsere eigenartigen Verhältnisse zu bringen, selbstverständlich unter Aufsicht des Kampfbundes. Da die Deutsche Gesellschaft für Mechanik und Optik, auf Antrag von Sartorius-Göttingen beschlossen hat, die Gehilfenfragen aus ihrem Programm zu streichen, müßten die Mechaniker hierzu Stellung nehmen. Spörl führte aus: Dadurch, daß die Deutsche Gesellschaft es abgelehnt hätte, Gehilfenfragen in ihr Programm aufzunehmen, hätten die Gehilfenvertreter beschlossen, sämtliche Verhandlungen mit der Deutschen Gesellschaft abzubrechen. Dies könne er jedoch nicht ganz billigen, denn es müßte hier mit verschiedenen Städten eine Ausnahme gemacht werden. Wenn wir abwarten wollten, bis die Deutsche Gesellschaft an uns heranträte, könnten wir schwarz werden. Würde am D. die Sektion darauf beharren, die Lehrlingskommission auch aufzulösen, würden wir bald erleben, daß sich eine Sonderorganisation bildet, die diese Sachen wieder übernimmt. Deshalb erachte er es für besser, wenn wieder Schritte eingeleitet würden, um sich der Deutschen Gesellschaft zu nähern. Im weiteren verweilte er sich noch über die Leistungen der Kontrollkommission für das Lehrlingswesen, die in Hamburg am meisten Erfolge zu verzeichnen hätte, dagegen hätte die in Albora sich nicht gerührt. Er erwidert, daß der Frage betreffs des Beschlusses der Gehilfenkonferenz näher getreten werde, ebenso erwidert er die Kollegen, erst einmal in die Sektion einzutreten. Die Sache werde sich hoffentlich nach den Wünschen der anderseitsgehenden Kollegen regeln lassen. Hierauf wurde folgende von Erb eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung erklärt sich mit der Ausführung des Referenten, bezieht sich auf die Arbeitszeit einverstanden. Außerdem erweist sie den Bericht des Ausschusses von Kartellgemeinschaften zwischen Arbeitern und Prinzipalen im Sinne des Referenten vollständig an. Weiter erklären sich alle in der heutigen Versammlung anwesenden Berufskollegen solidarisch mit dem Verein der Mechaniker und Optiker, welcher in erster Linie für die konsequente Durchführung dieser Bestrebungen eintritt.

Der Vorsitzende erwidert die Kollegen, die gewillt sind, unserem Verband beizutreten, sich in den Versammlungen, welche jeden zweiten Samstag im Monat bei Gostow, Schwanenburgerstraße 14, stattfinden, melden zu wollen.

Einem jähen Kampf

führt die Gewerkschaftsorganisation der Schneider und Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen im Interesse der Konfektionsarbeiter. Es war im Jahre 1885, als anlässlich des sozialdemokratischen Arbeiterkongresses die damalige Schneiderorganisation für dessen Annahme an den Reichstag petitionierte und bei dieser Gelegenheit zum ersten Male auf die Einwirkung der Konfektionsindustrie die Aufmerksamkeit des Reichstages lenkte. Seitdem verging kaum ein Jahr, ohne daß die Frage der Konfektionsindustrie von der Schneiderorganisation in irgend einer Weise behandelt wurde. Seit 1888, in welchem der gegenwärtige Schneiderverband gegründet wurde, ist auf jedem Schneiderkongresse, sowie auch auf dem zweiten allgemeinen Gewerkschaftskongresse zu Berlin und auf dem Breslauer Parteitag der sozialdemokratischen Partei über die Lage der Konfektionsarbeiter gesprochen, über die Mittel, dieselbe zu verbessern, verhandelt worden.

Eine ganze Reihe Resolutionen liegen uns vor, in denen die Wünsche im Interesse der Konfektionsarbeiter niedergelegt wurden. Auch eigene Konferenzen der Konfektionsarbeiter wurden veranstaltet, eine lebhaftige Agitation über das ganze Land hin entwickelt, die öffentliche Meinung für die Schicksale der Hunderttausende erweckt, die in der hausindustriellen Kleiderindustrie thätig sind. Mit außerordentlich großen Opfern, zu denen die gesamte Arbeitererschaft ihr Scherflein beitrug, wurde im Jahre 1896 in den großen Konfektionsorten gestreift. In Berlin legten damals über 30,000 Arbeiter und Arbeiterinnen die Nadel weg. Es war gelungen, eine der tiefstehenden Schichten der Arbeiterklasse, die ihr Leben hoffnungslos führte, die körperlich und geistig elend dahinsiechte, mit einer gemeinsamen Idee zu erfüllen, ihr Kampfesmut einzuflöschen, in ihnen den Gedanken an die eigene Kraft, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu erwecken! Das allein war unabweisbar eine hervorragende Leistung, auf die die deutsche Gewerkschaftsbewegung stolz sein kann. Abgesehen von den momentanen Erfolgen dieser Bewegung in Bezug auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse hatte dieselbe fast allen Parteien des Reichstages, ja selbst dem Bundesrath, die Erklärung abgerungen, daß im Interesse der Konfektionsarbeiter ein kräftiges Einschreiten vonnöthen sei. Auch die Reichskommission für Arbeiterstatistik wurde in Folge dieses Streiks veranlaßt, eine ihrer gründlichsten Erhebungen, die über die Verhältnisse der Schneider- und Wäschekonfektion, in verhältnismäßig kurzer Zeit vorzunehmen. Der Erweiterung wegen mag auch noch auf einen ganz besonderen Erfolg der Konfektionsarbeiterbewegung hingewiesen werden, daß der preussische Handelsminister, damals Herr v. Besseley und ja selbst Herr v. Stumm, die Berechtigung des Konfektionsarbeiters, also eines Tarifstreikes, im Reichstage anerkannten.

Aber die Versicherungen wurden nur gegeben, sie sind bis zum heutigen Tage nicht eingelöst worden. Wohl wurde eine Bundesratsverordnung im Interesse der Konfektionsarbeiter gegeben, aber bezeichnender Weise hat dieselbe nicht zu wirken gerade für diejenigen, die des Schutzes am allermeisten bedürfen, für die Heimarbeiter. In deren Verhältnisse wurden durch diese Verordnung sogar noch verschlechtert, denn in diese ungeschützt, der Freiheit schamloser Ausbeutung überantwortete Heimarbeit wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen aus den noch einigermaßen geschützten Werkstätten gedrängt. Wohl wurde auch eine Novelle zur Gewerbeordnung erlassen, aber auch diese erwies sich als vollständig wirkungslos.

Allgemein ist die Ueberzeugung, daß die Lage der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen heute eine wesentlich noch schlechtere ist, als sie zur Zeit des großen Konfektionsarbeiterstreiks gewesen ist. Von den Hoffnungen, die damals erweckt wurden, ist nicht der hundertste Theil in Erfüllung gegangen. Aber das hat die Organisation der Schneider nicht veranlaßt, den Kampf aufzugeben, ihre Bemühungen für die Konfektionsarbeiter einzustellen, sondern es hat sie im Gegentheil angestachelt, immer wieder an die Verpflichtungen zu erinnern, die die verbündeten Regierungen, die Parteien des Reichstages übernommen haben im Interesse der Konfektionsarbeiter.

Deshalb will der Verband der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen eine neue Bewegung im Interesse der Konfektionsarbeiter in die Wege leiten. In ganz Deutschland sollen in diesen Wochen Versammlungen abgehalten werden, welche in Resolutionen feststellen sollen, was das Mindestmaß dessen ist, was die Konfektionsarbeiter zu fordern für dringlich und nöthig erachten. Diese Forderungen sind:

- 1. Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause nach der Werkschließung.
- 2. Strafe Mitgabe von Arbeit an die Heimarbeiter und Arbeiterinnen seitens der Unternehmer unter Vermeidung der Zwischenschlichter.
- 3. Trennung der Arbeitsräume von den Wohnräumen; in den Werkstätten sowohl wie in den Arbeitsräumen der Heimarbeiter müssen auf den Kopf der beschäftigten Personen mindestens je 15 Kubikmeter Luftraum kommen.
- 4. Ausdehnung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe (§ 105b), des Verbotes der Kinderarbeit (§ 135), der Beschränkung der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter (§ 136), der Frauen (§§ 137 und 139a Abs. 1), der Gewerbeaufsicht (§ 139b), insbesondere durch weibliche Aufsichtspersonen, des Erlasses von Arbeitsordnungen (§§ 154a—154g) und die Anzeige des Gewerbebetriebes (§ 14) auf die Hausindustrie und die Heimarbeit.
- 5. Ausdehnung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung auf die Heimarbeiter und Arbeiterinnen.
- 6. Reich, Staat und Gemeindebehörden sollen Schneiderarbeiten nur unter der Bedingung vergeben, daß die Kleidungsstücke in den der Gewerbeordnung und Gewerbeinspektion unterliegenden Werkstätten hergestellt und daß die von Unternehmern und Arbeiterorganisationen festgesetzten Lohnsätze als Mindestmaß der Entlohnung anerkannt werden.

In einer eingehenden Denkschrift, die dem Bundesrath und Reichstag überhandt werden soll, wird die Lage der Konfektionsarbeiter auf Grund eines reichen Quellenmaterials dargestellt, es wird in ihr gezeigt werden, wie sehr die Gesetzgebung der anderen Staaten in Hinsicht auf die Hausindustrie der deutschen voraus ist. Auf all die zahlreichen Vorschläge der Schneiderorganisation zur Verbesserung der Konfektionsarbeiter wird in dieser Denkschrift hingewiesen und die bisherige, so ergebnislose Thätigkeit des Reichstages und Bundesrathes dort kritisiert. Die hier aufgestellten Forderungen werden in dem Schlusskapitel einzeln gewürdigt und begründet.

Nicht nur allgemeine Sympathie, die als Ausfluß der Solidarität der gesamten Arbeiterbewegung uns beseelet muß, wenn es sich darum handelt, einer der ausgebeuteten Schichten der Arbeiterklasse die Lebenslage zu verbessern, muß nur diese Sympathie muß uns veranlassen, dem Kampfe der Schneider den besten Erfolg zu wünschen, die Arbeiter der anderen Berufe haben auch ein direktes Interesse an den Erfolgen dieser Bemühungen. Die Arbeiter von Brauerei und Köcherei anderer Arbeiterberufen zu deren dringenden Wünschen einige ergänzen

zende Groichen durch die Konfektionsarbeit, so daß den eigenen Angehörigen dieser Berufsgruppen der Vorteil zu Gute kommen wird, wenn die Lage der Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie gebessert wird. Die Grundlagen für das Glend der Konfektionsindustrie, Heimarbeit und Zwischenmeisterthum finden sich auch in anderen Gewerben, in der Möbelindustrie, in der Lederindustrie, in der Sattlerei, in der Kleinfabrikindustrie und in so manchen anderen Industrien. Und wo es nicht besteht, ist vielfach nicht ausgeschlossen, daß diese schaurigste Form der Ausbeutung auch andernorts Platz greift. So sehen wir hieraus ein allgemeines Interesse der gewerblichen Arbeiter, dieses System einzunengen, gesetzlich sein Fortwuchern zu erschweren. Dies ist aber auch ein allgemeines Interesse der gesamten Arbeiterklasse um deswillen, weil die Verelendung breiter Schichten der Arbeiterklasse, die Unmöglichkeit, sich aus diesen traurigen Verhältnissen herauszuarbeiten, für alle ausnahmslos wie ein fürchterliches Schwere, in die Tiefe ziehendes Bleigewicht wirkt, das auch das Aufsteigen der übrigen Arbeiterschichten hindert, oft unmöglich macht.

So sind es ideale, wie auch ganz reale Gründe, welche die Arbeiter aller Berufe haben müssen, der Konfektionsarbeiterbewegung den besten Erfolg zu wünschen. Soweit unsere Berufsgruppen hierzu etwas thun können, soweit sie Konfektionsarbeiter aufzuklären vermögen, soweit sie den Besuch der Versammlungen zu einem massenhaften gestalten können, soweit sie die öffentliche Meinung beeinflussen können im Interesse der hier aufgestellten Forderungen, sollte Niemand fehlen, sollte Jeder Alles, was in seinen Kräften steht, leisten. Das ist die Pflicht jedes Arbeiters, im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung, aber auch in seinem eigenen Interesse!

Abrechnung

des Vertrauensmannes für Brandenburg, Pommern und Mecklenburg für das 3. Quartal 1901.

Einnahmen:	⌘	⌘
Rassenbestand am 1. Juli	984	93
Zuschüsse:		
Vom Verbandsvorstand	2400.—	
Aus Frankfurt a. O.	3.—	
" Finsterwalde	4.50	
" Rathenow	22.50	
	2430	
Auf Maimarken:		
Aus Neustadt i. Mecklbg.	2.50	
" Forst i. L.	— 25	
" Guben	2.50	
" Cottbus	8.75	
" Schwebbus	3.25	
" Stettin	25.50	
" Frankfurt a. O.	5.—	
" Finsterwalde	13.25	
" Fürstwalde	8.75	
" Heegermühle	— 25	
" Potsdam	3.50	
" Gütstrom	1.75	
" Greifswald	1.50	
" Stralsund	4.75	
" Lübb	5.—	
" Müstau	3.—	
	89	50
Summa	3504	43
Ausgaben:		
Drucksachen u. Inserate:		
Per Juli	16.60	
" August	6.—	
" September	62.40	
	85	
Fahrtgelder u. Diäten:		
Per Juli	393.50	
" August	180.90	
" September	260.50	
	834	90
Porto und Schreibmaterial:		
Per Juli	16.68	
" August	7.49	
" September	17.52	
	41	69
Kosten der Bezirkskonferenz:		
1) Fahrtgelder und Diäten an die Delegierten	1078.80	
2) Zeitversäumnis, Motorboot, Saalbeforation, Empfangskommission, Schreibmaterial, Gesangverein	102.15	
	1180	95
Umzugskosten f. d. Vertrauensmann	107	28
Bureaueinrichtung	300	55
Gehalt des Vertrauensmannes	531	
Diverse Unkosten:		
Rassenrevision	1.50	
Zeitversäumnis vergütet	9.50	
Sitzungsgelder	9.20	
Reisungsabonnent	12.31	
Zuschuß nach Senftenberg	3.—	
Feuer- und Unfallversicherung	16.20	
Bibliothek	22.45	
	74	16
Rassenbestand am 30. September	348	90
Summa	3504	43

Die Ortsverbaltungen werden ersucht, vorstehende Abrechnung zu prüfen und etwaige Irrthümer an die Adresse: Jos. Schönemann, Stettin-Grabow, Lange Str. 90, zu melden.

Der Vertrauensmann: **S. Wolpert.**
Vorstehende Abrechnung revisirt und für richtig befunden, Rassen- und Musterbestände gesehen, Belege geprüft: Stettin, den 18. Oktober 1901.
J. Schönemann. H. Flamming. Aug. Grube. F. Gappich. P. Greifsch.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (S. S. 29, Hamburg).

Die örtlichen Verbaltungen werden ersucht, die zu Anfang 1902 nothwendigen Ersatzbücher umgehend unter Angabe der Hauptnummer, Vor- und Nachname zu bestellen, da sonst pünktliche Zusendung der Ersatzbücher nicht möglich ist.

Das Mitglied **Detmer Oltmann**, Eisenbreher, 121727, geb. zu Farge am 16. Februar 1879, beigetreten am 20. Okt. 1900 in Filiale Harburg a. d. Elbe, ist in der 107. Sitzung am 24. Oktober 1901, nach § 5 Abs. 4 aus der Kasse ausgeschlossen. Der Ausschluß konnte nicht zugebilligt werden, da Oltmann abgereist und sein jetziger Aufenthaltsort uns unbekannt ist. Sollte sich O. in einer unserer Filialen anmelden, so ist ihm das Mitgliedsbuch abzunehmen und uns sofort Mittheilung zu machen.

Das Mitglied **Karl Feldbinder**, Nr. 131254, von Filiale Friedrichsberg abgemeldet nach Landsberg a. W. hat sich in letzter Filiale noch nicht angemeldet. Die Bevollmächtigten werden ersucht, im Falle Feldbinder sich bei einer Filiale anmeldet, dieses sofort nach hier zu berichten.
Der Vorstand.

Rundschau.

Die wirtschaftliche Krisis mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Glend macht sich schon in so drohender Weise fühlbar, daß die Regierungen sich genöthigt sehen, zu der Sache Stellung zu nehmen. Auch die preussische Regierung wird Erhebungen anstellen über die Ausdehnung, welche die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Provinzen angenommen hat, über die schon hervorgetretenen oder noch zu gewärtigenden Mißstände und über die Maßnahmen, die diesen gegenüber, insbesondere auch unter Mitwirkung der kommunalen Verbände, zu ergreifen sind.

Hoffentlich bezieht man sich mit der Feststellung der Thatfachen etwas, damit rechtzeitig Maßnahmen getroffen werden können. Für Westpreußen hat der Oberpräsident von Gopler eine Nothstands-Konferenz zum Sonnabend nach Danzig einberufen. Es handelt sich darum, festzustellen, in wie weit es mit vereinten Kräften möglich sein wird, der latenten Krisis auf den Gebieten von Handel, Industrie und Landwirtschaft zu begegnen, Arbeitsbedürftige zu unterstützen, Arbeiterentlassungen und Betriebs-Einschränkungen zu vermeiden, geplante Arbeiten in Angriff zu nehmen, um arbeitslosen Kräften Beschäftigung zu schaffen etc. In Bayern sind die Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren mit Erhebungen über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und über die Einwirkung der geschäftlichen Krisis auf die Verhältnisse der Arbeiterschaft beauftragt worden, insbesondere darüber, in welchen Geschäftszweigen sich die jetzige schlechte Konjunktur besonders bemerkbar macht, ob Arbeiterentlassungen, Verkürzungen der Arbeitszeit, Ausfall von Arbeitsschichten oder Erniedrigung der Lohnsätze stattgefunden haben, ob und in welchem Maße die Zahl der Arbeitslosen gewachsen ist oder ob die Entlassenen in anderen Erwerbszweigen Arbeit fanden. Die ganze Frage kommt bei der Anfangs-November stattfindenden Konferenz der bayerischen Gewerbeaufsichtsbearbeiter zur Besprechung.

Zu welchen Resultaten man auf Grund der Erhebungen kommen wird, läßt sich nicht voraussagen. Eines aber wird sich unzweifelhaft ergeben: Daß es bei der täglich wachsenden Nothlage großer Volksmassen geradezu ein Verbrechen wäre, diesen Volksschichten noch durch wucherische Lebensmittelpreise die armselige Lebenshaltung weiter herabzudrücken. Kein schärferes Argument gegen die Politik der Agrarier gibt es, als der wachsende wirtschaftliche Nothstand der Arbeiter.

Die Kündigung der Handelsverträge. Die für diese maßgebende Bestimmung in den Handelsverträgen lautet wörtlich wie folgt: „Im Falle keiner der vertragschließenden Theile zwölf Monate vor dem Eintritt des letzten Termins (31. Dezember 1903) seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufzuheben zu lassen, kundgibt, soll dieser in Geltung bleiben, bis zum Ablauf des Jahres von dem Tage ab, wo der eine oder der andere der vertragschließenden Theile ihn kündigt.“ Danach ist die Regierung, wenn sie bis zum 31. Dezember 1902 nicht kündigt, nicht genöthigt, die Kündigung weiterhin auf ein volles Jahr hinauszuziehen, sondern kann dieselbe beliebig an jedem späteren Tage nach dem 31. Dezember 1902 eintreten lassen. Es liegt daher für die Regierung durchaus keine Nothigung vor, gerade am 31. Dezember 1902 zu kündigen. Wenn also beispielsweise am 1. April 1903 von einer Seite gekündigt würde, so würden die Verträge am 1. April 1904 außer Kraft treten usw. Falls die Regierungen einig werden, die alten Verträge nicht aufzuheben zu lassen, bevor neue geschlossen sind, würden die Kündigungsstermine selbstverständlich hinfällig.

Halbe Eisenbahnfahrpreise für Arbeiter, welche auswärts in Arbeit treten, gewähren jetzt neben Württemberg auch Baden und Bayern. Nach einer amtlichen Bekanntmachung ist die im Verkehr der württembergischen Staatsbahnen schon länger eingeräumte Fahrpreisermäßigung für Zwecke der Arbeitsvermittlung mit sofortiger Wirkung auch auf den direkten Verkehr mit Stationen der bayerischen und badischen Staatsbahnen, sowie auf den direkten Verkehr zwischen Stationen dieser beiden Verbaltungen im Transit über württembergische Strecken ausgedehnt worden. Geschlossen bleibt die Ermäßigung im Verkehr über den Bodensee (Friedrichshafen-Dormling-Sindeln und Bräu-

stationen). Nähere Auskunft ertheilen die Fahrkartenstellen der drei Bahnen.

Die Rede des Herrn Dr. Lill, die von dem Reichshand deutscher Arbeiter zu dem Zwecke gehalten ist, um immer nachzuweisen, daß jede Ausbeutung der Arbeiterklasse vom Kapital ist, und nur durch Gesetz zur Unterdrückung der Arbeiter werden können, wird jetzt in der Regel durch das Kampfbüchlein „Der Mensch. Nachr.“ der Welt verbreitet. Die Großindustriellen scheinen freilich an Lill's Reden auch kein Vergnügen zu finden, denn sie verzichteten bei ihrer letzten Jahreskonferenz darauf, Lill's Rede gegen den Schatz der Heimarbeit anzuhören. Die Rede ist nun doch in den Schriften des Vereins gedruckt und wird auf dem nächsten Wege an die Delegirten gebracht. Es wäre nun höchst wünschenswert, in welchen Fällen die delegirten Arbeiter zum Ausdruck bringen, wenn es nicht die Bekanntheit der Rede wäre, die auf das preussische Handelsministerium einen so gewaltigen Eindruck haben. Nachdem Herr Lill in ansehlichen Fällen keine Rücksicht über Dauer und Beschränkung der Arbeitszeit geäußert und selbst dem Lichtfundament folgende Aeußerung gemacht hat: „Für die mechanische Arbeit der feineren Maschinenwerkstätten und andere technisch sehr hoch stehende Betriebe hat sich der Lichtfundament für möglich erwiesen“, kommt er auf den Kernpunkt, und sagt Folgendes:

„Die Stiderei- und Spigenindustrie zu Plauen gehört zu denjenigen Formen der Textilindustrie, die in Folge der Reichthum ihrer Arbeit in großem Maße weibliche und jugendliche Arbeiter beschäftigen, die nirgend in der Welt Löhne wie erwachsene Männer bekommen. Diese weiblichen und jugendlichen Arbeiter finden nicht ohne Weiteres in einer anderen Industrie oder sonst einem Gewerbe Beschäftigung. Gewiß sind in ihr auch weibliche und jugendliche Arbeiter thätig, die auch bei vorübergehender Zeit noch ihr Brod verdienen können. Für die übrigen aber, die sich nur durch die Hinzunahme der Hausarbeit das Dasein zu verdienen vermögen, was sie brauchen, bedeutet die Verkürzung der Heimarbeitszeit eine Grausamkeit, ihr Auswurf aus dem Gewerbe, das sie gelernt haben. Was in hochbezahlten Industrien mit hochleistungsfähigen Arbeitern möglich ist, kann noch lange nicht auf die niedrigeren Stufen der Produktion angewendet werden. Je näher man der Grenze kommt, wo die Erhaltung des eigenen Daseins durch eigene Arbeit aufhört, um so gefährlicher werden derartige gesetzgeberische Kunststücke, zu denen der Antrag Hehl ohne Zweifel zu zählen ist. Die Stiderei- und Spigenindustrie kann auf die der Fabrikarbeit angegliederte Hausarbeit nicht ohne Weiteres verzichten. Möglich sei es, daß in Zukunft durch maschinelle Umgestaltungen Heim- und Fabrikarbeit getrennt werden könnten. Heute sei dies aber noch nicht der Fall, und der Gesetzgeber müsse sich hüten, da einzugreifen, wo die beabsichtigte Wohlthat zur Grausamkeit werden kann.“

Würde Herr v. Hehl den Lichtfundament für Mechaniker gefordert haben, dann hätte Lill den Wunsch bekommen, nachzuweisen, daß gerade im Maschinenlegewerbe der Lichtfundament nicht durchführbar sei, und daß man in erster Linie für den Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeiter eintreten müsse. Alles Uebersicht ist geradezu betäubend. Wenn die zu Hause fortgesetzte Fabrikarbeit verboten wird, dann werden die Fabrikanten einen Theil ihrer Arbeiterinnen entlassen. Aber Herr Lill, wie soll man dann die Spigen und Stidereien fertigstellen? Es gibt Leute, die annehmen, daß dann, wenn die des Nachts verrichtete Heimarbeit verboten wird, die Unternehmer Arbeiterclassen einstellen müssen, um diese Arbeiten in der Fabrik fertigstellen zu lassen. Lill ist auch unvorsichtig genug, es anzudeuten, indem er sagt: „Die Stiderei- und Spigenindustrie kann auf die der Fabrikarbeit angegliederte Hausarbeit nicht ohne Weiteres verzichten.“ Das heißt doch mit anderen Worten, die Ausbeuter haben an effizienter Ausbeutung noch nicht genug; sie wollen den Frauen und jugendlichen Arbeitern nicht mehr Lohn geben, als dringend nöthig ist, sie vor dem Verhungern zu bewahren, aber für diesen Lohn sollen die Arbeiter 18 bis 20 Stunden täglich arbeiten. Da die Ausbeutung in der Fabrik auf 10 resp. 11 Stunden beschränkt ist, so soll die Arbeit im Hause fortgesetzt werden. Die Arbeiterinnen am Todtarbeiten hindern zu wollen, hält Lill für eine Grausamkeit. Wahrscheinlich hat er eine Ahnung von dem freudlosen Dasein südlicher Fabrikarbeiterinnen und hält es für eine Wohlthat, wenn sie sich so schnell wie möglich todtarbeiten. Nebenbei ist diese Form von Selbstmord sehr profitabel für die Unternehmer, und darum wird Lill beauftragt, für die Erhaltung dieses Zustandes sein Können einzusetzen.

Briefkasten.

S., Coburg. Was unter der Rubrik Gestorben gebracht wird, ist unentgeltlich.
München (Siebmacher), Neustadt i. S., Roffen. Inserate müssen bis Freitag früh in unseren Händen sein, andernfalls sie keine Aufnahme finden.
Mehrere Korrespondenzen mußten zurückgestellt werden.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegen genommen.

Alberchts i. Ch. Sonntag, 8. Novbr. Nachm. halb 4 Uhr, auf dem Pfaffenhof; bei ungünstiger Witterung bei Wäsklein.

Wald a. L. Samstag, 2. November, Abends 9 Uhr, bei Hermann.

München-Glen. Samstag, den 2. Novbr., Abends 8 Uhr, im Lokale von Hartmann, Edt. Juden- u. Straße.

Mann. Am Freitag, den 12. Novbr., Abends halb 9 Uhr bei Grottelmann.

